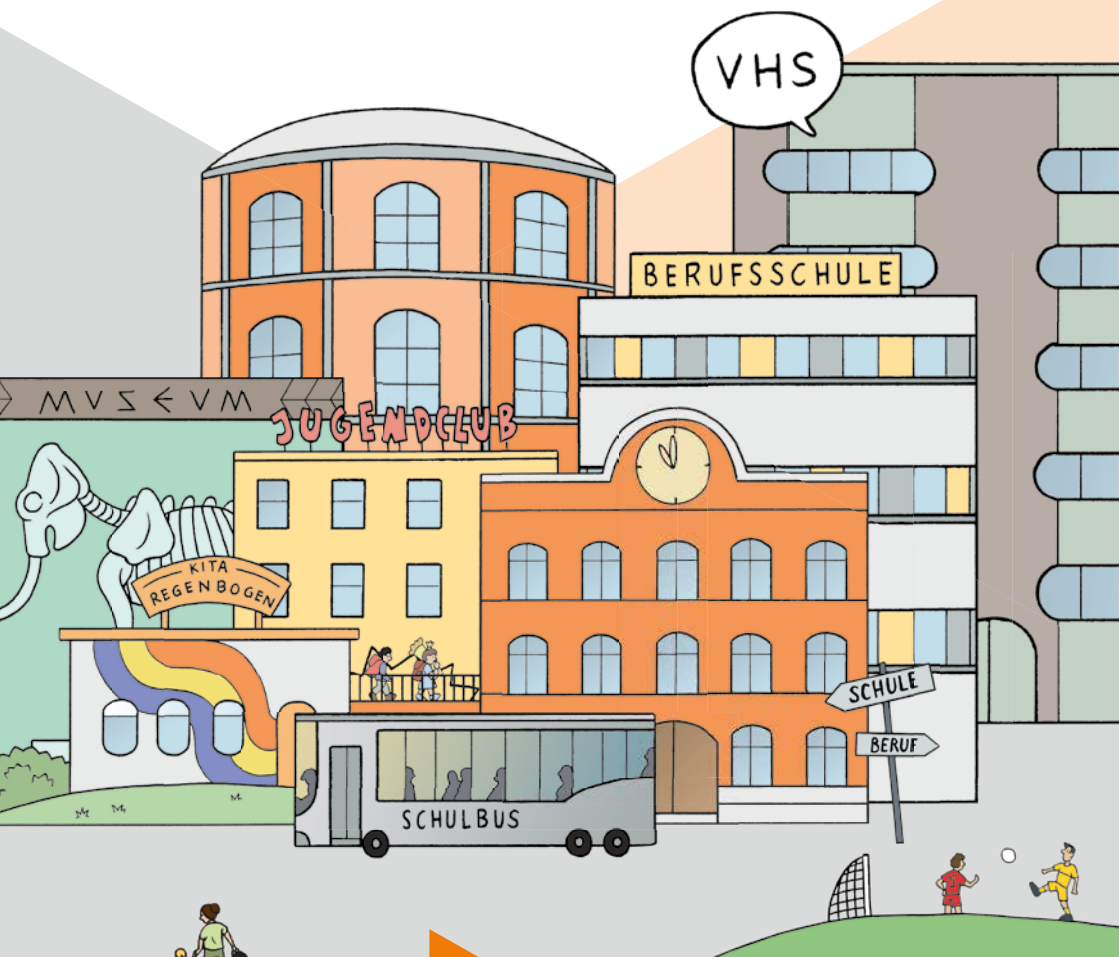


Bildung in der Kommune

Ausgewählte Handlungsfelder
kommunaler Bildungspolitik



Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Transferring Initiative
Kommunales
Bildungsmanagement
Agentur TransMit



Deutsches
Jugendinstitut

Liebe Leserinnen und Leser,

die Transferagentur Mitteldeutschland für Kommunales Bildungsmanagement – TransMit – begleitet Kommunen seit 2014 beim Aufbau des Bildungsmonitorings und Bildungsmanagements – dabei geht es um Fragen der Strategiebildung, der Beteiligung von Akteuren oder darum, systematisch Daten zum Bildungsgeschehen auszuwerten.

Leitend für die Themenwahl waren für uns folgende Fragen: Welche bildungspolitischen Themen und Handlungsfelder sind vor Ort wichtig? In welchen Bildungsbereichen verfügt die Kommune über Steuerungspotential?

Anspruch der Broschüre ist es nicht, einen vollständigen und abschließenden Überblick zu geben. Die ausgewählten Themen spiegeln Erfahrungswerte mit dem Stand 2019 wider, die in der Kooperation mit den Kommunen gewonnen wurden und die kommunale Bildungsverantwortliche als relevant einschätzen. Insofern bietet die Zusammenstellung auch einen guten Einstieg und Abgleich für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Bildungsbereich bzw. in relevanten Schnittstellen zur Bildung (neu) tätig sind.

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Broschüre in Ihrer Arbeit gut einsetzen können.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Jenny Richter
Projektleiterin TransMit

5 Hinweise zur Nutzung

6 Frühkindliche Bildung

8 »Frühe Hilfen« für Eltern

9 Früherkennung von Sprachförderbedarfen

10 Ausbau des Betreuungsgrades

11 Qualifikation des Betreuungspersonals

12 Personalschlüssel verbessern

13 Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund

14 Inklusion im frühkindlichen Bereich

15 Qualitätsstandards in Kitas und Kindertagespflege

16 Übergang von der Kita in die Grundschule

17 Schulische Bildung

19 Inklusion in der Schule

20 Erreichbarkeit von Schulen

21 Ausbau der schulischen Kapazitäten

22 Versorgung der Schulen mit Lehrkräften

23 Ganztagsbetreuung/Hort als Bildungseinrichtung

24 Übergänge in der Schule

25 Schulsozialarbeit/Zusammenarbeit Jugendhilfe – Schule

26 Erfolgreiche Bildung für benachteiligte Schüler/innen

27 Erwerb von schulischen Kompetenzen für Neuzugewanderte

28 Schulabsentismus

29 Frühzeitige Berufs- und Studienorientierung

30 Schulabschlüsse und Bildungserfolg

31 Übergang von der Schule in den Beruf

32 Berufliche Bildung

34 Nacherwerb von Schulabschlüssen

35 Stärkung der dualen Berufsausbildung

36 Passung von Ausbildungsangebot und -nachfrage

37 Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen

38 Einmündung von Neuzugewanderten ins Ausbildungssystem

39 Akademische Bildung

- 41 Kooperationen mit Hochschulen ausbauen
- 42 Akademiker/innen und Studienabbrecher/innen gewinnen
- 43 Seniorinnen/Senioren an Hochschulen

44 Weiterbildung / Non-formale Bildung

- 46 Grundbildung und Alphabetisierung
- 47 Sprach-, Beratungs- und Integrationsangebote schaffen
- 48 Förderung der beruflichen Weiterbildung
- 49 Volkshochschulen und Bibliotheken als Bildungs- und Lernorte

50 Querschnittsthemen

- 52 Ehrenamtliche Bildungsarbeit
- 53 Umweltbildung / Bildung für nachhaltige Entwicklung
- 54 Naturwissenschaftliche Kompetenzen / MINT-Bildung
- 55 Digitalisierung und Bildung
- 56 Demokratiebildung / Politische Bildung
- 57 Bildungsberatung
- 58 Zusammenarbeit mit Stiftungen
- 59 Kulturelle Bildungsangebote stärken

Hinweise zur Nutzung

Es gibt eine große Anzahl kommunaler Handlungsfelder, die mit Bildung im engeren und weiteren Sinne zu tun haben. Diese können wir hier nicht alle erfassen. Die Handreichung zeigt vielmehr eine Auswahl an »Dauerbrennern«, die für jede Kommune relevant sind und Herausforderungen darstellen. Es finden sich aber auch Zukunftsthemen, die auf Kommunen zukommen werden.

Die Publikation ist in fünf Bildungsphasen eingeteilt, die Etappen im Bildungsverlauf abbilden: **Frühkindliche Bildung**, **Schulische Bildung**, **Berufliche Bildung**, **Akademische Bildung** sowie **Weiterbildung/Non-formale Bildung**. Daneben gibt es im kommunalen Bildungsmanagement Felder, die sich nicht eindeutig einer Bildungsphase zuordnen lassen, sondern **Querschnittsthemen** für kommunale Bildungsverantwortliche sind.

Den Bildungsthemen ist jeweils eine Seite vorangestellt, in der die Relevanz der jeweiligen Bildungsphase und der rechtliche Hintergrund beleuchtet werden. Die Situation in den einzelnen Bundesländern Mitteldeutschlands (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) wird dort, wo es sich anbietet, differenziert dargestellt. Grundsätzlich erhebt die Darstellung aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es schließen sich sodann die Bildungsthemen an, welche nach Relevanz, Zielen, möglichen Zielgruppen und Akteuren, ersten Daten und Kennzahlen sowie nützlichen Links zum Weiterlesen gegliedert sind.

Beispielhafte Darstellung eines Bildungsthemas:

Relevanz: Worum geht es eigentlich bei dem Handlungsfeld? Warum ist es für Kommunen relevant?

Bildungsziele: Wie könnten kommunale Bildungsziele zu dem Handlungsfeld beispielhaft, etwa in Leitlinien, formuliert sein?

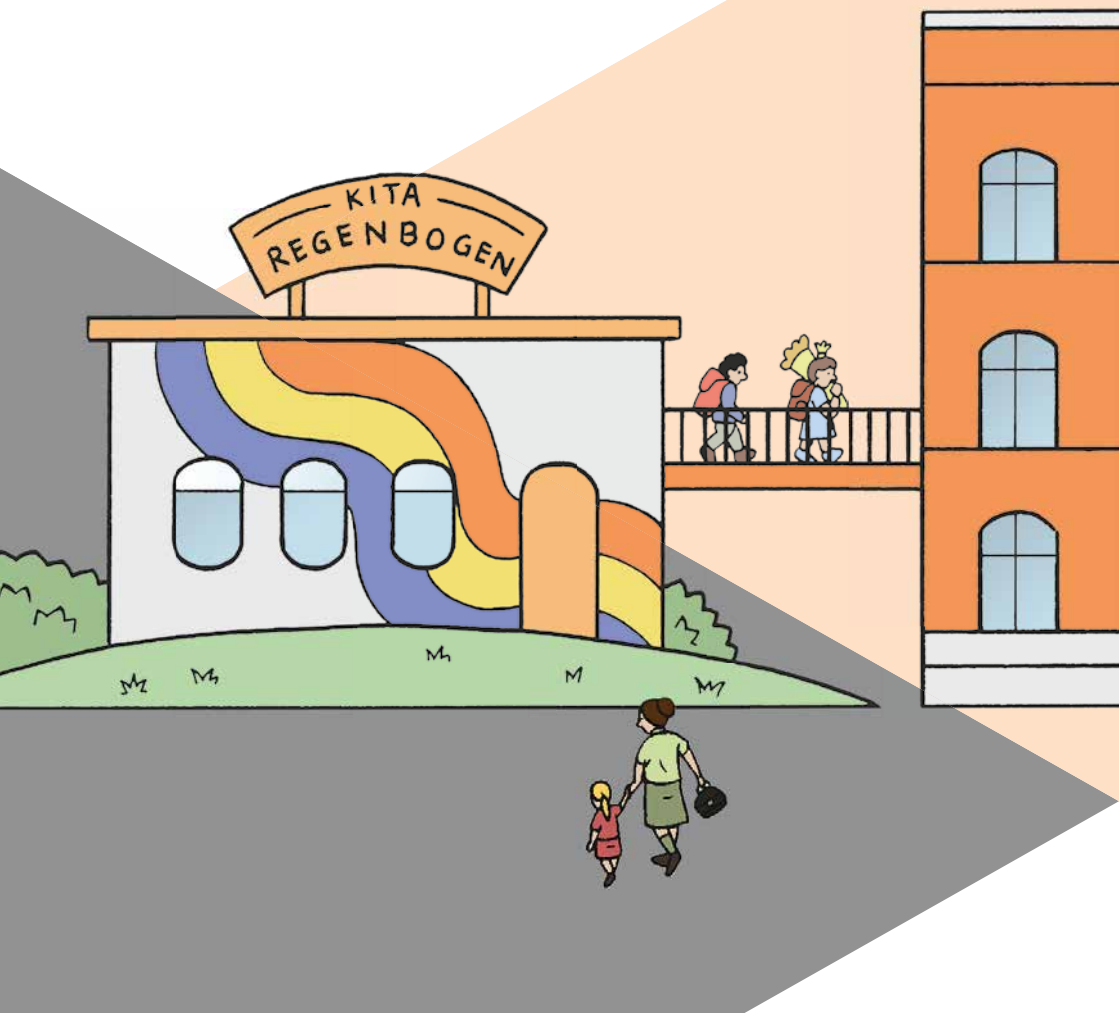
Zielgruppe: An wen richten sich entsprechende Maßnahmen direkt? Wer wird adressiert?

Akteure: Welche wichtigen Akteure sind mit ins Boot zu holen, um das Handlungsfeld zu bearbeiten?

Daten und Kennzahlen: Wie könnte ein Bildungsmonitoring eine erste beispielhafte Annäherung an das Handlungsfeld erreichen?

- ▶ **Weiterlesen:** Wo finde ich weiterführende, wissenschaftliche Informationen? Haben Kommunen etwas publiziert?

Frühkindliche Bildung



Die frühe Kindheit ist nicht nur eine Frage von Erziehung und Betreuung. Vielmehr beginnen Bildungsprozesse und Kompetenzentwicklung schon deutlich vor der Schule. Im Elementarbereich, der Kindertagesstätten (Kitas), aber auch Horte und die Kindertagespflege umfasst, sind Entwicklungs- und Bildungsprozesse eng miteinander verflochten. Auch die Familie als primäre Sozialisations- und Bildungsinstanz ist von Bedeutung.

Frühkindliche Bildung hat einen hohen Stellenwert für den späteren Bildungsverlauf. Hier müssen Grundlagen für Bildung und Entwicklung gelegt und Kompetenzen gefördert werden. Es erfordert gut ausgebildetes, qualifiziertes Personal, das den hohen Ansprüchen an elementare Bildung entspricht. Auch die Zusammenarbeit mit Eltern und der abgestimmte Einsatz von Ressourcen aus der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Gesundheitsprävention soll den Kindern eine optimale Entwicklung ermöglichen.

Die Voraussetzungen für kommunale Bildungsgestaltung im frühkindlichen Bereich sind gegeben. So verantworten Landkreise und kreisfreie Städte die Gesamtplanung und zum Teil die Betriebs- und Pflegeerlaubnis und können die inhaltliche Gestaltung im Einvernehmen mit den Gemeinden mitprägen. In kreisfreien Städten werden manche Kindertagesstätten kommunal betrieben.

Zu den ausgewählten Themen zählen etwa die »Frühen Hilfen« für Eltern, die Erkennung von vorschulischen Sprachförderbedarfen sowie der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung. Aber auch die Inklusion von Kindern, die Integration von neuzugewanderten Kindern sowie der Übergang in das System Schule sind aufgeführt.

Rechtliche Rahmenbedingungen: Der Bund ist seiner Gesetzgebungskompetenz für die Kindertagesförderung mit der Verabschiedung des Sozialgesetzbuches VIII (SGB VIII) insbesondere mit dem §§22ff. nachgekommen. Die Länder haben die Rahmenvorschriften mittels der Kinder- und Jugendhilfegesetze sowie der Kinderförderungsgesetze ausgestaltet. Die Planung des Angebotes ist Aufgabe des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, mithin der Kreise und kreisfreien Städte. Die Erteilung von Betriebs- und Pflegeerlaubnis liegt in Sachsen-Anhalt bei Landkreisen und kreisfreien Städten, in Thüringen können sie von der Landesebene hinzugezogen werden. Somit sind auch Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen mit den Trägern von Bedeutung.

»Frühe Hilfen« für Eltern

Die ersten Jahre eines Kindes üben einen starken Einfluss auf den weiteren Bildungsvverlauf aus. Daher sind frühzeitige Angebote für Eltern, bei Erziehungs- und Bildungsfragen sowie psychosoziale Unterstützung wichtig. »Frühe Hilfen« bieten für Kommunen auch das Potenzial, soziale Ungleichheit in der Bildungsbiografie frühzeitig zu erkennen.

Bildungsziele: Information der Eltern über Unterstützungsangebote / Flächen- deckende Versorgung der Eltern mit Unterstützungsangeboten / Verbesserung der Qualität der elterlichen Erziehung und Bildung / Verbesserung der psychosozialen und gesundheitlichen Situation der Kinder

Zielgruppe: Eltern mit Beratungsbedarf / Eltern mit Problemlagen

Akteure: Jugendamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Gesundheitsamt / Sozialamt / Gemeinden / Sozialministerium /

Landesjugendamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Kliniken / Hebammen / Netzwerke für »Frühe Hilfen« / Sozialverbände / Familiengerichtsbarkeit / Polizei / Ordnungsdienst

Daten und Kennzahlen: Gesundheitszustand der Kinder / Soziodemografische Daten sowie Erfassung individueller Merkmale betreuter Familien / Inanspruchnahme »Früher Hilfen« von Familien / Bedarf bei speziellen Zielgruppen, etwa Eltern mit Migrationshintergrund oder SGB II-Bezug

- ▶ **Weiterlesen:** Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) / Deutsches Jugendinstitut (DJI): Nationales Zentrum Frühe Hilfen. www.fruehehilfen.de (Stand 4.3.2019) / Deutsches Jugendinstitut (DJI) / TU Dortmund: Entwicklung eines dauerhaften Indikatorenmodells der »Frühen Hilfen«. www.bit.ly/2HQslas (Stand 18.3.2019)

Früherkennung von Sprachförderbedarfen

Sprache gilt als wesentliche Entwicklungsvoraussetzung für die Bildungsbiografie. Sprachförderung soll zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen und gesellschaftliche Teilhabe von Personen unterschiedlichster Herkunft ermöglichen. Die Früherkennung von Sprachförderbedarf kann Hilfsangebote bereitstellen, um eine erfolgreiche Bildungsbiografie zu gestalten. Damit verbunden ist auch die Einbindung von Sprachbildung als ein im Alltag integriertes Angebot. Fachkräfte für Sprache sind dafür ausgebildet, können sensibilisieren und sind ausreichend qualifiziert.

Bildungsziele: Frühzeitig Handlungsbedarf feststellen und Hilfe für Betroffene mobilisieren / Jedes Kind mit Förderbedarf soll eine individuelle Förderung erhalten.

Zielgruppe: Kinder in Kindertagesstätten und Kindertagespflege ab 3 Jahren / Kinder vor der Einschulung

Akteure: Jugendamt / Gesundheitsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Sozialamt / Gemeinden / Sozialministerium / Landesjugendamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Freie Träger der Jugendhilfe / Kindertagesstätten und Kindertagespflegepersonen / Logo-

pädische und sozialpädiatrische Einrichtungen / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Ergebnisse der Sprachbeurteilung durch Eltern / Ergebnisse der Sprachstanderhebungen in Kindertagesstätten/Kindertagespflege / Angebot an sprachbildenden/sprachfördernden Angeboten in Kindertagesstätten/Kindertagespflege / Kinder mit Förderbedarf zur Gesamtzahl der untersuchten Kinder / Ergebnisse der Schulinganguntersuchungen / Anzahl qualifiziertes Personal für Kinder mit Förderbedarf

- **Weiterlesen:** Deutsches Jugendinstitut (DJI): Fachgruppe Pädagogische Konzepte für die Kindheit. www.dji.de/kinder/FGK3 (Stand 4.3.2019) / Lisker, A. (2013): Sprachstandfeststellung und Sprachförderung vor der Einschulung. Eine Bestandsaufnahme in den Ländern. www.bit.ly/2FKp9cK (Stand 4.3.2019)

Ausbau des Betreuungsgrades

Der Betreuungsgrad zeigt, wie viele Kinder einer Altersgruppe tatsächlich eine Kindertagesstätte oder die Kindertagespflege besuchen. Um den Erziehungs- und Bildungsauftrag zu gewährleisten und gleichsam die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern, steht der flächendeckende Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 6-jährige, insbesondere der unter 3-jährigen auf der Agenda von Bund, Ländern und Gemeinden.

Bildungsziele: Weitere Erhöhung des Betreuungsgrades U3 bzw. U6 / Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung für jedes Kind, insbesondere Umsetzung des Rechtsanspruches auf Betreuung für Kinder U3

Zielgruppe: Kindertagesstätten/Kindertagespflege unter 3 Jahren bzw. 3 bis unter 6 Jahren / Eltern

Akteure: Jugendamt / Bauamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Gesundheitsamt / Gemeinden / Sozialministerium / Lan-

desjugendamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Freie Träger der Jugendhilfe / Kindertagesstätten und Kindertagespflegepersonen

Daten und Kennzahlen: Anzahl Kinder in Kindertagesbetreuung nach Altersgruppen und Einrichtungsart / Betreuungsgrad nach Altersgruppen und Einrichtungsart / Ergänzend Versorgungs- und Auslastungsgrad / Räumliche Verteilung von Angebot und Nachfrage / Anzahl bzw. Quote abgelehnter Betreuungsanträge

- **Weiterlesen:** Deutsches Jugendinstitut (DJI): Kinderbetreuung in Kita, Tagespflege und Hort. www.dji.de/themen/kinderbetreuung.html (Stand 4.3.2019) / Bertelsmann Stiftung: Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme. www.laendermonitor.de (Stand 4.3.2019)

Qualifikation des Betreuungspersonals

Der quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Bemühungen um eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels und stetig steigende Anforderungen an die Professionalisierung bedingen auch Veränderungen beim Fachpersonal. Dazu kommen steigende Anforderungen durch die Übernahme von Leitungsaufgaben sowie die zunehmende Binnendifferenzierung etwa von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache oder Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Gleichzeitig weist das Personal einen hohen Altersdurchschnitt auf.

Bildungsziele: Bedarfsgerechte Qualifizierung des Fachpersonals / Gewinnung jungen Fachpersonals zur Gewährleistung des Personalbestandes

Zielgruppe: Fachpersonal in Kindertagesstätten

Akteure: Jugendamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Gemeinden / Sozialministerium / Landesjugendamt / Freie Träger der Jugendhilfe / Kindertagesstätten

und Kindertagespflegepersonen / Berufsfachschulen / Berufsverbände und Kammern / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Personal in Kindertagesstätten nach beruflichem Abschluss bzw. Qualifikation und Aufgaben / Anteil von Personen ohne qualifizierten Abschluss / Alter und Geschlecht des Betreuungspersonals

- **Weiterlesen:** Deutsches Jugendinstitut (DJI): DJI-Fachgruppe »Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte« (WIFF). www.dji.de/kinder/FGK4 (Stand 4.3.2019) / »Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte« (WIFF). Fachkräftebarometer Frühe Bildung. www.fachkraeftebarometer.de (Stand 4.3.2019)

Personalschlüssel verbessern

Um eine qualitativ hochwertige, individuelle und an den Grundbedürfnissen der Kinder orientierte Bildung, Erziehung und Betreuung zu gewährleisten, ist ein ausgewogenes Fachkraft-Kind-Verhältnis in den Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege auch für das kommunale Bildungsmanagement wichtig. Mit dem Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz und weiterer gesetzlicher und finanzieller Förderungen von Bund und Ländern sind wichtige Impulse gesetzt worden, ohne dass die etwa von der Wissenschaft vorgeschlagene Fachkraft-Kind-Relation bislang erreicht worden wäre.

Bildungsziele: Erreichung eines angemessenen Fachkraft-Kind-Verhältnisses in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege

Zielgruppe: Kinder in Kindertagesstätten und Kindertagespflege / Fachpersonal in Kindertagesstätten und Kindertagespflege

Akteure: Jugendamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Gemeinden / Sozial-

ministerium / Landesjugendamt / Kindertagesstätten und Kindertagespflegepersonen / Freie Träger der Jugendhilfe / Berufsfachschulen / Hochschulen / Berufsverbände und Kammern

Daten und Kennzahlen: Betreuungsschlüssel bzw. Fachkraft-Kind-Relation nach Altersgruppe und Einrichtungsart / Betreuungsschlüssel nach freien und öffentlichen Kindertagesstätten

- **Weiterlesen:** Deutsches Jugendinstitut (DJI): Thema Kinderbetreuung www.dji.de/themen/kinderbetreuung.html (Stand 4.3.2019) / Bertelsmann Stiftung (2018): Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme. Personalschlüssel www.bit.ly/2U6Xs8d (Stand 4.3.2019)

Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund

Die Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund bzw. nicht-deutscher Muttersprache in Kindertagesstätten und Kindertagespflege stieg in den letzten Jahrzehnten, liegt aber weiterhin deutlich unter der Vergleichsgruppe. Um Bildungsnachteile zu verringern und Bildungsgerechtigkeit zu erhöhen, bedarf es einer frühen Bildungs- und Sprachförderung von Bund, Ländern und Kommunen. Und dabei ist nicht nur der Blick aufs Kind, sondern auch auf die Eltern und ihre persönliche Situation wichtig. Die Kommunen können hier vor Ort koordinativ arbeiten und Angebote und Anreize schaffen, damit mehr Kinder die Kindertagesstätten besuchen.

Bildungsziele: Erhöhung der Bildungsbeteiligung in Kindertagesstätten und Kindertagespflege von Kindern mit Migrationshintergrund bzw. nicht-deutscher Muttersprache

Zielgruppe: Kinder in Kindertagesstätten und Kindertagespflege mit Migrationshintergrund bzw. nicht-deutscher Muttersprache / Eltern

Akteure: Jugendamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Ämter für Integration, Migration, Ordnung, Asylangelegenheiten / Integrationskoordinatorinnen/koordinatoren / Gemeinden / Sozialministerium / Landesjugendamt / Eltern und

ihre Interessenvertreter/innen / Kindertagesstätten / Kindertagespflegepersonen / Freie Träger der Jugendhilfe / Migrationsnetzwerke und Migrantenselbstorganisationen / Träger von Aufnahme- und Unterbringungseinrichtungen / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund/nicht-deutscher Muttersprache / Quote der Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund/nicht-deutscher Muttersprache nach Altersgruppen und Einrichtungsarten

- **Weiterlesen:** Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2013): Kinder-Migrationsreport. www.bit.ly/2CNYd6J (Stand 4.3.2019) / Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. www.bit.ly/2lgA2Jd (Stand 4.3.2019)

Inklusion im frühkindlichen Bereich

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) fordert für den frühkindlichen Bereich gleichberechtigte, nicht separierende Teilhabe und Rechte für Personen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Zurzeit gibt es bundesweit noch immer einrichtungs- und gruppenseparierende Angebote. Der Anteil inklusionsorientierter Angebote steigt, aber Inklusion ist nicht nur auf Fragen der formalen Binnenstruktur begrenzt, sondern besitzt auch eine inhaltlich-pädagogische Dimension. Sie setzt damit auch kommunal unterstützte Strategien für die Aus- und Weiterbildung des Betreuungspersonals voraus.

Bildungsziele: Erhöhung des Anteils inklusiv betreuter Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf / Erhöhung des Anteils der inklusionsorientierten Gruppen/Kindertagesstätten / Haltung zur Inklusion und Rahmenbedingungen verändern / Bedarfsgerechte Gewinnung von Fachkräften mit sonderpädagogischer Aus- und Weiterbildung

Zielgruppe: Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Kindertagesstätten und Kindertagespflege / Fachkräfte mit sonderpädagogischer Aus- und Weiterbildung

Akteure: Jugendamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Sozialamt / Kommunale

Inklusions-, Behinderten- bzw. Teilhabebbeauftragte / Sozialministerium / Landesjugendamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Kindertagesstätten und Kindertagespflegepersonen / Überörtliche Träger der Sozialhilfe / Freie Träger der Jugendhilfe / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Anzahl Kinder mit Eingliederungshilfe/sonderpädagogischem Förderbedarf / Anzahl und Anteil separierender Kindertagesstätten/Gruppen / Anteil von Kindern mit Eingliederungshilfe/sonderpädagogischem Förderbedarf in Betreuung in inklusionsorientierten Angeboten

- **Weiterlesen:** Institut für Menschenrechte: Stand der Aktions- und Maßnahmenpläne zur Umsetzung der UN-BRK in Bund und Ländern. www.bit.ly/2FH57Qw (Stand 4.3.2019) / »Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte« (WIFF): Inklusion in Kitas. www.bit.ly/2CN6Hzz (Stand 4.3.2019) / Deutscher Bildungsserver: Informationsportale und Fachliteratur zu inklusiver Frühpädagogik. www.bit.ly/2uE0fGJ (Stand 4.3.2019)

Qualitätsstandards in Kitas und Kindertagespflege

Das Interesse an einer hochwertigen Bildung ist in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit, bei Pädagoginnen/Pädagogen und Eltern kontinuierlich gewachsen. Damit verbunden auch der Wunsch, in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege als Ort des Lernens verbindliche Mindeststandards im Bereich der Kompetenzentwicklung zu erlassen. Die Landkreise und kreisfreien Städte haben als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe die planerische Gesamtverantwortung. Über Fachberatung oder die Erteilung der Betriebs- und Pflegeerlaubnis sowie der Entgelt- und Leistungsverhandlungen (etwa in Sachsen-Anhalt) sind auch in Kitas und in der Kindertagespflege, die nicht in eigener Trägerschaft sind, Kriterien zur Gestaltung von Qualitätsstandards in Bezug auf Bildung einzuführen.

Bildungsziele: Verbindliche Qualitätsstandards der frühkindlichen Bildung für Prozesse, Kontext, Struktur und Ergebnisse in jeder Kindertagesstätte / bei jeder Kindertagespflegeperson und Kindertagesstätte arbeitet nach kommunalem Qualitätshandbuch

Zielgruppe: Fachpersonal in Kindertagesstätten und Kindertagespflege / Träger und Leitung von Kindertagesstätten

Akteure: Jugendamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Gemeinden / Sozialministerium / Landesjugendamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Kinder-

tagesstätten und Kindertagespflegepersonen / Freie Träger der Jugendhilfe / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen, insbesondere in bildungsrelevanten Bereichen / Anzahl der Kindertagesstätten und Kindertagespflegepersonen, die nach Qualitätsstandards arbeiten / Anzahl an Kooperationsvereinbarungen und Entwicklungsaufgaben in den Kitas / Inanspruchnahme von Fortbildungen für Fachpersonal

- **Weiterlesen:** Deutsches Jugendinstitut (DJI): Fachgruppe »Pädagogische Konzepte für die Kindheit«. www.dji.de/kinder/FGK3 (Stand 4.3.2019) / Textor M./Bostelmann A.: Das Kita-Handbuch. Qualität: Standards, Forderungen, Studien. www.kindergartenpaedagogik.de/yaa.html (Stand 4.3.2019)

Übergang von der Kita in die Grundschule

Der Schritt von der Kita in die Grundschule ist Abschied und Neubeginn zugleich. Für Kinder und Eltern oft nicht sichtbar, vollzieht sich parallel auch ein Wechsel in der Zuständigkeit der Einrichtungen. Gleichzeitig herrscht oft Unklarheit bei den Erziehungsberechtigten darüber, was sie und ihre Kinder erwartet. Die gute Betreuung in diesem Abschnitt sowie die Abstimmung der beiden Systeme Schule und Jugendhilfe sind eine Herausforderung für die Akteure und lassen das Übergangsmanagement zu einem wichtigen kommunalen Handlungsfeld werden.

Bildungsziele: Alle Kinder werden auf den Übergang in die Schule vorbereitet / Die Eltern haben umfassende Informationen zum Übergangsprozess und den in Frage kommenden Einrichtungen / Kommune und Einrichtungen besitzen ein Übergangskonzept, welches unter Einbindung von Eltern und Fachpersonal erarbeitet wurde

Zielgruppe: Kinder vor und nach der Einschulung / Eltern / Fachpersonal in Kindertagesstätten, insbesondere auch Horte / Lehrkräfte und pädagogisches Personal in Grund- und Förderschulen

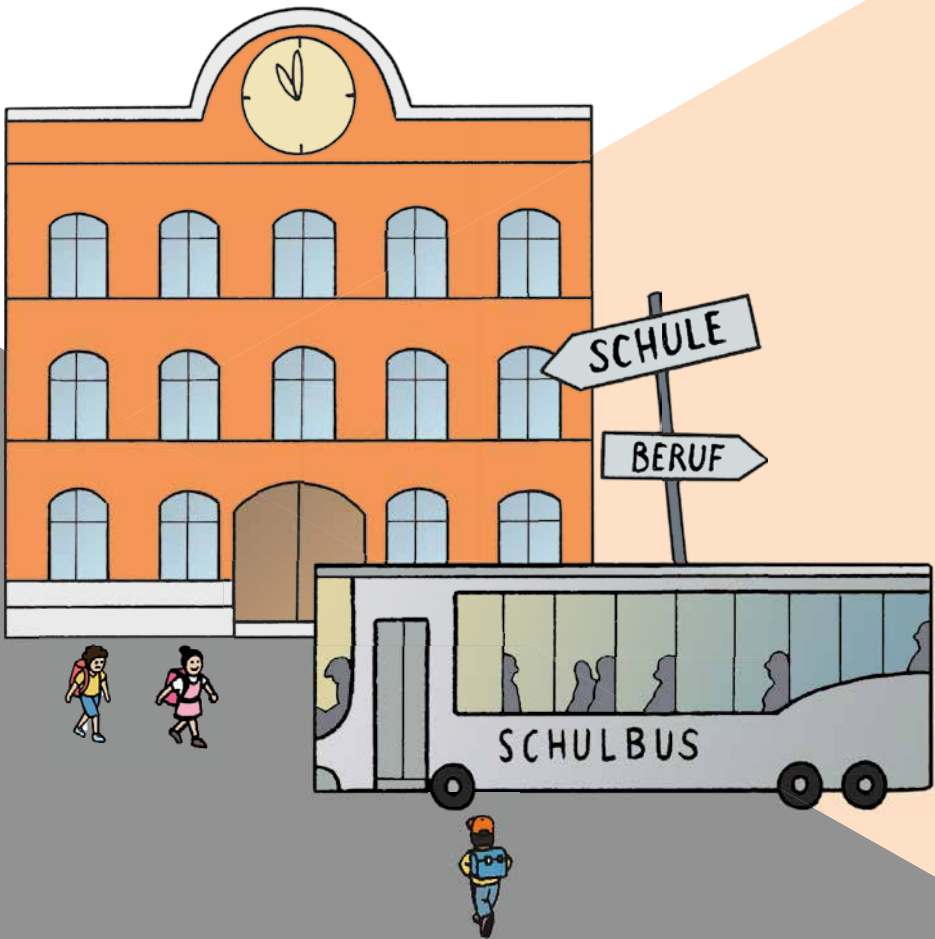
Akteure: Jugendamt / Fachberatung / Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Gemeinden / Sozial-

ministerium / Landesjugendamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Freie Träger der Jugendhilfe / Fachpersonal in Kindertagesstätten / Lehrkräfte und sonstiges pädagogisches Personal in Grund- und Förderschulen / Bildungsministerium / Landesschulamt / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Ergebnisse von Sprachstanderhebungen in Kindertagesstätten / Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung / Anteil der früh bzw. spät eingeschulter Kinder / Anzahl der individuellen Förder- und Vorschulmaßnahmen / Wünsche und Bedarfe der Eltern und Fachkräfte mittels Befragungen / Erhebungen

- **Weiterlesen:** TransMit (2017): TransMit Magazin Ausgabe 4. Thema Übergang Kita-Grundschule. www.transferagentur-mitteldeutschland.de/materialien/transmit (Stand 4.3.2019) / TransMit (2017): Handreichung Bildungsübergänge – Der Übergang von der Kita in die Grundschule. www.transferagentur-mitteldeutschland.de/materialien/handreichungen (Stand 4.3.2019)

Schulische Bildung



In Grund-, Förder- und weiterführenden Schulen weicht der eher spielerisch ausgelegte Erwerb von Bildungsgrundlagen dem systematischen Lernen. Schule ist DER traditionelle Bildungsort, durch die Schulpflicht in Deutschland stark formalisiert und der staatliche Einfluss auf die individuellen Bildungsverläufe hoch. Über die Schule werden Abschlüsse erworben und damit spätere Bildungs-, Erwerbs- und Verwirklichungschancen ermöglicht bzw. verweigert. Schule kann einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten als auch soziale Ungleichheiten verstärken.

Schule steht kommunal seit jeher stark im Fokus, alle haben das System durchlaufen und viele Kommunalverantwortliche sind selbst oder waren Eltern schulpflichtiger Kinder. Auch wenn der Bereich der Schule auf den ersten Blick für kreisfreie Städte und erst recht für Landkreise mit ihrer Begrenzung auf die äußere Schulverwaltung, Schülerbeförderung und Schulentwicklungsplanung gering erscheint, gibt es dennoch viel Spielraum für eine kommunale Gestaltung (z. B. Gesamtkonferenzen der Schulen). Kommunen können weiterhin über die intelligente flankierung durch Jugendhilfeangebote, weiteres pädagogisches Personal oder »Modellversuche« inhaltlich Verantwortung übernehmen.

Nachfolgend wurden Themen ausgewählt, die das bunte Spektrum kommunaler Bildungskoordination illustrieren sollen. Dazu gehören etwa die Inklusion, der Erhalt und der Ausbau von schulischer Infrastruktur, die Unterstützung durch Jugendhilfeangebote, der Übergang zwischen den Schulen als auch Fragen des Bildungserfolges. Auch die Gewinnung von mehr und jüngerem Lehrpersonal ist Thema der Kommunen.

Rechtliche Rahmenbedingungen: Der Schulbereich unterhalb der beruflichen Bildung ist Kern der »Kulturhoheit« der Länder und durch die Landesschulgesetze sowie Lehrerbildungsgesetze und deren ergänzende Verordnungen und Verwaltungsvorschriften geprägt. Das Land hat die »innere Schulverwaltung« über Lern- und Lehrinhalte und ist Dienstherr des Lehrpersonals. Die kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden sind als Träger für die »äußere Schulverwaltung« zuständig, die Gemeinden hierbei in der Regel für die Grundschulen. Sie bezieht sich auf Aufwendungen zum Betrieb der Schulen, der Gebäude, Anlagen und Sachmittel und für das Verwaltungspersonal. Schließlich ist die Zuständigkeit für Schulentwicklungsplanung und Schülerbeförderung zu nennen.

Inklusion in der Schule

Durch die UN-Behindertenrechtskonvention sind Bund, Länder und Kommunen aufgefordert, Personen mit sonderpädagogischem oder sonstigem Förderbedarf nicht zu separieren, sondern sie ab der ersten Klasse gemeinsam zu unterrichten. Inklusion mit pädagogischem, organisatorischem und finanziellem Einsatz kann einen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leisten. Aufgrund der veränderten Beschulung verändert sie das Verhältnis von Förder- und Regelschulen und hat damit auch Auswirkungen auf die Planung von Standorten und des Angebots.

Bildungsziele: Gleiche Bildungschancen und längeres gemeinsames Lernen für alle Schüler/innen / Erreichung qualifizierter Abschlüsse und Gewährung hochwertiger Bildung für Personen mit sonderpädagogischem Förderbedarf / Schaffung von Barrierefreiheit im weiteren Sinne

Zielgruppe: Schüler/innen mit und ohne Förderbedarf / Eltern / Pädagogisches, sonderpädagogisches und sonstiges Personal an Regel- und Förderschulen

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Sozialamt / Kommunale Behinderten- und Inklusionsbeauftragte / Gemeinden /

Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Schulleitungen, Lehrkräfte und sonstige Fachkräfte in Förder-, Grund- und weiterführenden Schulen / Verbände und Gewerkschaften / Bildungsministerium / Landesschulamt / Hochschulen und wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Anzahl der Förderschulen und Förderbedarfe nach Schwerpunkten / Anteil der Schüler/innen mit Förderbedarf in der Regelschule / Inklusionsquote nach Förderbedarf / Anzahl von Eingliederungshilfen und sonderpädagogischen Leistungen in der Regelschule / Anzahl und Anteil erreichter Abschlüsse nach Schulart und Förderbedarf

- **Weiterlesen:** Aktion Mensch: Fachportal Inklusion. www.aktion-mensch.de/inklusion/bildung (Stand 7.3.2019) / Klemm, K. / Bertelsmann Stiftung (2018): Unterwegs zur inklusiven Schule. Lagebericht 2018 aus bildungsstatistischer Perspektive. www.bit.ly/2ODBlAi (Stand 7.3.2019)

Erreichbarkeit von Schulen

Aufgrund der demografischen Entwicklung und der Einführung von Mindestschülerzahlen wurden in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Schulstandorte geschlossen, insbesondere im ländlichen Raum. Im Sinne des Leitspruchs »Kurze Beine, kurze Wege« ist dort eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung von Grund- und weiterführenden Schulen mittlerweile schwierig. Gibt es in der Kommune ein Konzept, längere Anfahrtswege abzufedern? Inwiefern können alternative Schulmodelle und Kooperationen zwischen Einrichtungen dieser Tendenz entgegenwirken?

Bildungsziele: Flächendeckende und wohnortnahe Sicherstellung aller Schularten / Erreichbarkeit von Schulstandorten in angemessener Zeit sicherstellen / Beibehaltung bzw. Ausbau der Schülerbeförderung / Innovative Schul- und Beförderungskonzepte zur Sicherstellung des Schulangebotes fördern

Zielgruppe: Schüler/innen / Eltern

Akteure: Schulverwaltungsamt/Amt für Bildung / Bildungsbüro / Schulentwicklungsplanung / Schülerbeförderung / Gemeinden / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium /

Landesschulamt / Örtliche Nahverkehrsanbieter / Vereine und Elterninitiativen / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: (Prognostische) Entwicklung der Geburten, Wanderungsbewegungen und Einschulungen nach Schulart / Fahrzeit pro Schüler/in von Wohnort zur Schule und zurück nach Schulart und Verkehrsmittel / Analyse alternativer Beschulungs- und Beförderungskonzepte / Eigene Erhebungen/ Befragungen zur Situation und den Auswirkungen auf die Schüler/innen

- **Weiterlesen:** Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (2016): Im Fokus. Die Schule im Dorf lassen. LandInForm 2/2016. www.bit.ly/2uAaonY (Stand 7.3.2019) / Landkreis Elbe-Elster (2017): Bildung im Landkreis Elbe-Elster. Thematische Analyse: Schülerbeförderungszeiten www.bit.ly/2OFAwqO (Stand 7.3.2019)

Ausbau der schulischen Kapazitäten

Insbesondere in größeren Städten und in Speckgürteln der Großstädte steigt die Anzahl junger Erwachsener bzw. Eltern und damit auch die Anzahl einzuschulender Kinder. Während die Länder für die Personalsituation zu sorgen haben, sind die Landkreise und kreisfreien Städte als Sachaufwandsträger bzw. Schulnetzplaner in der Pflicht, ausreichende Platzkapazitäten zu schaffen. Der Ausbau und die Sanierung von Schulen bietet die Möglichkeit, gemäß dem pädagogischen Konzept der Schulen bzw. der Träger über innovative und zeitgemäße Lern-, Bildungs- und Raumkonzepte nachzudenken. Auch kann über eine sozialsensible, zukunftsbezogene und sozialräumliche Schulstandortplanung versucht werden, Einfluss auf das Schulwahlverhalten und den Schülerstrom zu nehmen.

Bildungsziele: Bedarfsgerechte Sicherung der Schulkapazitäten / Neubau und Ausbau von Schulen / Berücksichtigung pädagogisch-fachlicher Konzepte beim Schulbau

Zielgruppe: Schüler/innen nach Schulformen / Eltern / Pädagogisches Personal an Schulen

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Schulentwicklungsplanung / Bauamt / Jugendamt für ergänzende Angebote / Freie Träger von

Schulen / Gemeinden / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Vereine und Elterninitiativen / Bildungsministerium / Landesschulamt / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Anzahl der Schüler/innen und Schulen / (Prognostische) Entwicklung der Geburten, Wanderungsbewegungen und Einschulungen nach Schulart / Anzahl Kinder im Alter bis U6 / Räumliche und personelle Kapazitätsberechnungen / Verhältnis Schüler/in pro Lehrkraft / Klassengrößen

- ▶ **Weiterlesen:** TransMit (2017): Handreichung Kleinräumige Daten gewinnen. Sozial- und Bildungsindizes. S. 8 ff. www.transferagentur-mitteldeutschland.de/materialien/handreichungen (Stand 7.3.2019) / Montag Stiftung / Verband Bildung und Erziehung / Bund Deutscher Architekten (2017): Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland. www.bit.ly/2V9dY3V (Stand 7.3.2019)

Versorgung der Schulen mit Lehrkräften

Lehrermangel, vor allem im ländlichen Raum, aber auch in den stetig wachsenden großen Städten, ist immer häufiger ein Stichwort in den Medien. Unterricht fällt aus oder es müssen vermehrt Quereinsteiger/innen einspringen. Auch wenn hier die Länder und insbesondere die Landesschulämter prägend sind, können die Kommunen mit den entsprechenden Behörden über geeignete Formen der frühzeitigen Bedarfsermittlung zusammenarbeiten. Auch die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie mit angrenzenden Kommunen, ein Bildungsmarketing sowie Anreizsysteme für angehende Lehrer/innen, durch günstigen Wohnraum, Betreuungsplätze und Förderungen, sind denkbar.

Bildungsziele: Flächendeckende Versorgung der Schulen mit Lehrkräften / Unterrichtsausfall und Vakanzen vermeiden bzw. minimieren / Vernünftige Rahmenbedingungen für Lehrkräfte sicherstellen

Zielgruppe: Lehrkräfte an Schulen / Lehramtsstudierende und Lehramtsanwärter/innen / Quereinsteiger/innen

Akteure: Schulverwaltungsamt/Amt für Bildung / Bildungsbüro / Schulentwicklungsplanung / Wirtschaftsamt / Regionalentwicklung / Gemeinden / Bildungsministerium / Landesschul-

amt / Lehrkräfte und pädagogisches Personal an Schulen / Verbände und Gewerkschaften / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Unterrichtsausfall/-vertretung durch Lehrkräftemangel nach Schulformen und Fächern / Zahl der Lehrkräfte nach Schulformen / Personalschlüssel und Deckungsquoten / Anzahl und Anteil neuer Lehrkräfte nach Art der Qualifikation / Alter der im Schuldienst befindlichen Lehrkräfte und darauf aufbauende Bedarfsszenarien

- **Weiterlesen:** Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018): Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Pädagogisches Personal im Schulwesen. S. 101ff. www.bit.ly/2KgheoN (Stand 7.3.2019) / Klemm, K./Zorn, D./Bertelsmann Stiftung (2018): Lehrermangel an Grundschulen: Jetzt sind kurzfristig wirksame Maßnahmen erforderlich. www.bit.ly/2UfYNJh (Stand 7.3.2019)

Ganztagsbetreuung/ Hort als Bildungseinrichtung

Das Ganztagsbetreuungsangebot durch schulische und außerschulische Bildungsangebote ist in den letzten Jahren nicht zuletzt durch zahlreiche Initiativen von Bund und Ländern ausgebaut worden. Aber auch die Kommunen engagieren sich hier. Als Kooperationspartner der Schule kommen etwa vielfältige professionelle und ehrenamtliche Anbieter non-formellen Lernens vor Ort in Frage, z. B. Theater, Museen, Ausstellungen, (Sport)Vereine. Mit dem Hort gibt es eine Bildungseinrichtung in kommunaler Planung, deren Rolle und Wahrnehmung als Bildungsinstitution noch gestärkt werden kann.

Bildungsziele: Abwechslungsreiches Angebot von Bildungsinhalten auch nach dem regulären Unterricht / Verknüpfung von soziokulturellen und sonstigen Bildungsangeboten mit der Schule / Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ausbau der Ganztagsbetreuung fördern / Abstimmung und Zusammenarbeit von Horten und Schulen verbessern

Zielgruppe: Schüler/innen / Eltern / Lehrkräfte an Schulen / Pädagogisches Personal an Schulen und in außerschulischen Bildungsangeboten

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Sportförderung / Kulturförderung / Jugendamt / Gemein-

den / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Landeschulamt / Lehrkräfte und pädagogisches Personal an Schulen / Horte und pädagogisches Personal in Horten / Freie Träger der Jugendhilfe / Außerschulische Bildungsträger / Vereine und Initiativen

Daten und Kennzahlen: Anzahl und Anteil der Teilnehmer/innen von Ganztagsangeboten / Schulen nach Art der Ganztagsbetreuung / Art und Inhalte der Ganztagsbetreuung / Anzahl der Horte / Anzahl der Kinder in Horten und Betreuungszeit / Aktivitäten und Bildungsinhalte im Hort

- **Weiterlesen:** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Ganztagschulen. www.ganztagschulen.org (Stand 7.3.2019) / Deutsches Jugendinstitut (DJI): Thema Ganztagschule. www.dji.de/themen/ganztagschule.html (Stand 7.3.2019) / Deutscher Bildungsserver: Schulkinder in Hort und Ganztagsbetreuung. www.bit.ly/2JX10VT (Stand 7.3.2019) / Diskowski, D. (2009): Spricht eigentlich noch jemand über den Hort? www.bit.ly/2VazCF4 (Stand 7.3.2019)

Übergänge in der Schule

Die Schullaufbahnentscheidung nach der Grundschule prägt die Bildungsbiografie entscheidend. Auch für den kommunalen Arbeits- und Ausbildungsmarkt ist die Frage nach den Übergängen in der Schule von Bedeutung. Damit der Übergang von Grundschule zur weiterführenden Schule reibungslos gelingt, muss die passgenaue Vermittlung der Schüler/innen und die Beratungskompetenz der Eltern gestärkt und verbessert werden. Dieser Übergang ist sozial selektiv, gehen Akademikerkinder doch deutlich häufiger auf das Gymnasium. Angesichts guter Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und ausgebautem zweiten Bildungsweg kann es für Kommunen sinnvoll sein, zu unterschiedlichen Ausbildungs- und Karrierewegen zu beraten.

Bildungsziele: Reibungslosen und informierten Übergang zwischen den Schularten für alle Schüler/innen gewährleisten / Umfassende Information der Schüler/innen und Eltern über Bildungswege und Berufschancen in der Region / Passgenaue Übergänge entlang der Fähigkeiten und der Wünsche der Schüler/innen

Zielgruppe: Grundschüler/innen / Eltern / Potenzielle Schulwechsler/innen in höheren Schuljahrgängen

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Gemeinden / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Landesschulamt / Grundschulen / weiter-

führende Schulen / Lehrkräfte und pädagogisches Personal an Schulen / Bildungs- und Berufsberatungsanbieter / Kooperationspartner in Wirtschaft und Wissenschaft

Daten und Kennzahlen: Übergangsquote von der Grundschule / Übergangsquote der Schulartwechsler/innen in den Klassenstufen 7 bis 9 / Übergangsquote von Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II / Vergleich der Schullaufbahneempfehlungen und tatsächlicher Schulwahl / Anteil der erfolgreichen Abschlüsse, Klassenwiederholungen und Schulabbrüche nach Schulart / Qualitative und quantitative Betrachtung der Informationsangebote für den Übergang

- ▶ **Weiterlesen:** Stadt Dormagen (2018): Kein Kind zurücklassen. Handbuch für einen gelingenden Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule. www.bit.ly/2K7FXjl (Stand 7.3.2019) / Sartory, K. et al./Stiftung Mercator (2018): Kommunales Übergangsmanagement in der Praxis. Wie Kommunen und Schulen Übergänge gemeinsam gestalten können. www.bit.ly/215VQEz (Stand 7.3.2019)

Schulsozialarbeit/Zusammenarbeit Jugendhilfe – Schule

Schulsozialarbeit als Teil der gesetzlich verankerten Jugendsozialarbeit soll mit seinen sozialpädagogischen Angeboten Hilfestellung bei der Bewältigung von individuellen und sozialen Problemlagen bieten. Kommunale Netzwerke der Schulsozialarbeit schaffen Standards in der Arbeit und der Beratung und erarbeiten Praxishilfen gegen schulischen und sozialen Misserfolg, Schulabsentismus und späteren Schulabbruch.

Bildungsziele: Verbesserung der schulischen Entwicklungsbedingungen von Schülerinnen/Schülern / Vermeidung von Schulabbruch und Sicherstellung einer gelingenden Bildungsbiografie / Unterstützung bei individuellen Problemen

Zielgruppe: Schüler/innen / Eltern / Lehrkräfte und pädagogisches Personal an Schulen

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Sozialamt / Ordnungsamt / Gemeinden / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Sozialministerium / Landesschulamt / Grundschulen /

weiterführende Schulen / Lehrkräfte und pädagogisches Personal an Schulen / Freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Anzahl der Schulsozialarbeiter/innen in der Kommune nach Schulen und Schulformen / Abdeckungsquote / Anzahl der betreuten Kinder und durchgeführten Fallberatungen / Bedarfsanalysen zu sozialpädagogischen Bedarfen und schulischen Schwerpunkten / Qualitative Betrachtung der Angebote und Netzwerke der Schulsozialarbeit

- ▶ **Weiterlesen:** Landeskoordinierungsstelle »Schülerfolg sichern« (2017): Fachpapier. Ein Schulabschluss als Grundlage für Zukunft, Beruf und Teilhabe. Empfehlungen für Politik und Verwaltung, Netzwerke, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe sowie Eltern in Sachsen-Anhalt. www.bit.ly/2U9oADG (Stand 7.3.2019) / Zankl, P./Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2017): Die Strukturen der Schulsozialarbeit in Deutschland. Forschungsstand und Entwicklungstendenzen. www.bit.ly/2sbYySG (Stand 7.3.2019)

Erfolgreiche Bildung für benachteiligte Schüler/innen

Die Wissenschaft konstatiert, dass der sozioökonomische Hintergrund des Elternhauses immer noch eine prägende Rolle bei der Verteilung von Bildungschancen, bei Schul- und Berufsabschlüssen spielt. Die Kommunen können durch sozialsensible Datenerhebungen und -auswertungen Trends vor Ort aufdecken. Mit einem Mix aus individuellen Unterstützungsangeboten und strukturellen Entscheidungen, etwa bei der Wahl von Schulstandorten, machen sich Kommunen auf den Weg, mehr Bildungsgerechtigkeit und Bildungsteilhabe für benachteiligte Kinder zu fördern.

Bildungsziele: Erhöhung der Bildungsgerechtigkeit / Gleiche Bildungschancen für Kinder unabhängig vom sozioökonomischen Status des Elternhauses / Förderung sozial benachteiligter Schüler/innen durch Maßnahmen der Schulplanung und der Kinder- und Jugendhilfe

Zielgruppe: Benachteiligte Schüler/innen / Eltern

Akteure: Schulverwaltungsamt/Amt für Bildung / Bildungsbüro / Schulentwicklungsplanung / Jugendamt / Sozialamt / Gemeinden / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Landesschulamt / Schulen / Lehrkräfte

und sozialpädagogisches Personal an Schulen / Freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Schuleingangsuntersuchungen / Übergänge auf weiterführende Schulen nach Schulart / Schulartwechsel in den Klassenstufen 7 bis 9 / Schulabsentismus / Klassenwiederholungen / Schulabbrüche und Schulabschlüsse nach sozioökonomischer Herkunft / Bildungs- und Sozialindex / Erhebungen/Befragungen über Schulwahlverhalten bei Schülerinnen/Schülern und Eltern

- ▶ **Weiterlesen:** Terpoorten, T. (2014): Räumliche Konfiguration der Bildungschancen. Segregation und Bildungsdisparitäten am Übergang in die weiterführenden Schulen im Agglomerationsraum Ruhrgebiet. ZEFIR-Materialien Band 3. www.bit.ly/2JXBrnw (Stand 7.3.2019) / Stadt Hamburg (2018): Hamburger Sozialindex. www.bit.ly/2OEJDrt (Stand 7.3.2019) / Rheingau-Taunus-Kreis (2012): Sozialindex Rheingau-Taunus-Kreis. www.bit.ly/2uDIB5Y (Stand 7.3.2019)

Erwerb von schulischen Kompetenzen für Neuzugewanderte

Personen mit Migrationshintergrund sind schon früh Zielgruppe der Arbeit von Kommunen gewesen. Infolge des Anstiegs der Personen mit Antrag auf Asyl ab 2015 rückte die Integration der Neuzugewanderten ins Zentrum der Bemühungen. Für das Bildungsmanagement geht es zunächst um eine Übersicht über die sprachlichen, schulischen und handwerklichen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen. Auf dieser Basis können Bildungsangebote zur Eingliederung ins reguläre Schulsystem bzw. zum ergänzenden Erwerb von Schulabschlüssen angeboten werden. Durch Netzwerkarbeit wird die Abstimmung und Transparenz der verschiedenen Bildungs- und Unterstützungsanbieter in den Blick genommen.

Bildungsziele: Neuzugewanderte Kinder und Jugendliche an das Schulsystem heran und zu Schulabschlüssen führen / Erhöhung des sprachlichen, schulischen und handwerklichen Niveaus der neuzugewanderten Kinder und Jugendlichen

Zielgruppe: Neuzugewanderte Kinder und Jugendliche / Eltern

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Sozialamt / Amt für Integration / Gemeinden / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Migrantenselbstorganisationen / Ehrenamtsinitiativen / Bildungsministe-

rium / Landesschulamt / Grund-/weiterführende Schulen / Lehrkräfte und pädagogisches Personal an Schulen / Sprachangebote / Träger von Kinder-/Jugendhilfeangeboten / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Anzahl/Anteil ausländischer Schüler/innen nach Schulart / Anzahl/Anteil ausländischer Schulanfänger/innen / Schulübertritte aus der 4. Jahrgangsstufe nach Herkunft / Sprachstand und Kompetenzen ausländischer Kinder und Jugendlicher / Anzahl der Integrationsklassen und Integrationsangebote in und neben Schule

- ▶ **Weiterlesen:** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Programm »Koordination der kommunalen Bildungsangebote für Neuzugewanderte«. www.transferinitiative.de/bildung-fuer-neuzugewanderte.php (Stand 12.3.2019) / Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. www.bit.ly/2K2cpno (Stand 12.3.2019)

Schulabsentismus

Fehlt ein/e Schüler/in häufiger unentschuldigt, ist dies meist ein Anfangssymptom, welches zu dauernder Schulverweigerung und Schulabbruch führen kann. Gründe für den Schulabsentismus, ob Angst, Stress, Langeweile, Mobbing in der Schule, Über- oder Unterforderung, müssen erkannt und beseitigt werden. Auch Eltern sind oft überfordert und wissen nicht, wie sie ihrem Kind helfen können. Kommunen können hier über ordnungsamtliche Maßnahmen hinaus alle Akteure an einen Tisch bringen, Hilfeangebote abstimmen und Informationen für Eltern und Lehrkräfte bereitstellen.

Bildungsziele: Zahl der Schulverweigerungen senken / Sicherstellung der Erfüllung der Schulpflicht / Ursachen der Schulverweigerung bearbeiten

Zielgruppe: (Potenzielle) Schulverweigerer/innen / Eltern

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Sozialamt / Gesundheitsamt / Ordnungsamt / Polizei / Gemeinden / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Landesschulamt / Schulen / Lehrkräfte und pädagogisches Personal

an Schulen / Freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Anzahl und Anteil unentschuldigter Fehltage nach Schulart und Schulen / Erfasste Ordnungswidrigkeiten aufgrund von Schulpflichtverletzungen / Erhebungen / Befragungen von Schülerinnen/Schülern, Eltern und Lehrkräften zu den Gründen des Schulabsentismus / Längsschnittbetrachtungen zu den Auswirkungen von Schulabsentismus bei Schülerinnen/Schülern

- **Weiterlesen:** Deutsches Jugendinstitut (DJI): Projekt »Netzwerk Prävention von Schulmüdigkeit und Schulverweigerung«. www.bit.ly/2uHtl2u (Stand 7.3.2019) / Landkreis Wittenberg (2018): Netzwerkstelle »Schulerfolg sichern«. Materialien. Umgang mit Schulverweigerung. www.landkreis-wittenberg.de/de/schulerfolg-sichern.html (Stand 7.3.2019)

Frühzeitige Berufs- und Studienorientierung

Eine frühzeitige Berufs- und Studienorientierung für Schüler/innen ist für den späteren Lebensweg sehr wichtig, auch wenn in diesem Stadium oft noch keine konkreten Gedanken diesbezüglich gehegt werden. Berufs- und Studienorientierung fördert die Reflektion über die eigenen Wünsche und Fähigkeiten und vermeidet Orientierungslosigkeit, wenn die Schule einmal vorbei ist. Sie bietet die Chance, in Kontakt mit späteren Ausbildungsstätten und der Wissenschaft zu kommen. Eltern können in diesem Stadium ihre Beratungskompetenz erweitern. Für die Kommunen besteht die Chance, durch eine enge Zusammenarbeit zwischen beruflichen Schulen und Betrieben, jungen Menschen konkrete Perspektiven in der Region aufzuzeigen, die Bindung an die Region zu erhalten und Brüche zu vermeiden.

Bildungsziele: Schüler/innen kennen ihre Fähigkeiten und Wünsche in Bezug auf Ausbildung und Beruf / Schüler/innen kommen in Kontakt mit regionalen Arbeitgebern und kennen Ausbildungs- und Arbeitsmarktöglichkeiten

Zielgruppe: Schüler/innen ab Klasse 7 / Eltern

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Wirtschaftsamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Landesschulamt / Ministerium für Arbeit / Schulen / Lehrkräfte und sozialpädagogisches Personal an Schulen / Betriebe / Berufskammern / Verbände /

Berufsschulen / Jobcenter / Agentur für Arbeit / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Anzahl der Schüler/innen ab Klasse 7 / Anzahl und Ausmaß durchgeführter Angebote zur Berufsorientierung nach Altersjahrgängen und Schulart / Teilnahmequote der Schüler/innen / Angebote der Berufsorientierung in der Region / Darstellung von Netzwerk-/Koordinationsstrukturen / Erhebungen/Befragungen von Schülerinnen/Schülern und Eltern nach Wünschen und Beweggründen für eine Ausbildungs- und Berufswahl / Erhebungen/Befragungen der Wünsche von Betrieben/Unternehmen

- ▶ **Weiterlesen:** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Programm »Perspektive Berufsabschluss«. Gute Beispiele Berufsorientierung. www.perspektive-berufsabschluss.de/de/3379.php (Stand 12.3.2019) / Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Programm »Bildungsketten«. Arbeitshilfen für Schule. www.bildungsketten.de/de/615.php (Stand 12.3.2019)

Schulabschlüsse und Bildungserfolg

Für Kommunen ist die Zahl der erreichten Schulabschlüsse eine wichtige Kennzahl für den Bildungserfolg. Insbesondere die Zahl der Schulabgänger/innen ohne Schulabschluss ist häufig Anlass für Diskussion in lokalen Medien, im Stadtrat und Kreistag. Schon vorher können gehäufte Klassenwiederholungen oder etwa Schulverweigerung auf Defizite im Schulsystem hinweisen. Die Erhöhung der schulischen Qualifikationen und die Steigerung des Schulerfolges ist zentral für Kommunen und braucht einen langfristigen Atem. Gleichzeitig sollte das Bildungsmanagement von einem aufmerksamen Monitoring begleitet werden, um auf Basis aussagekräftiger Daten zu handeln.

Bildungsziele: Senkung der Anzahl und des Anteils von Klassenwiederholungen / Senkung des Anteils der Schulabgänger/innen ohne Schulabschluss / Jede/r Schüler/in soll einen Abschluss erreichen / Erhöhung des Anteils höherqualifizierender Schulabschlüsse

Zielgruppe: Schüler/innen an weiterführenden Schulen / Eltern

Akteure: Schulverwaltungsamt/Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Landesschulamt / weiterführende Schulen / Lehrkräfte

und sozialpädagogisches Personal an Schulen / Freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Anzahl und Anteil der Klassenwiederholungen nach Jahrgängen und Schulart / Anzahl und Anteil der Schulabschlüsse / Anzahl und Anteil der Schulabgänger/innen ohne Abschluss der Sekundarstufe I, davon Anteil der Schüler/innen mit Förderschulabschluss / Verteilung der Schulabgänger/innen nach Geschlecht, Migrationshintergrund, sonderpädagogischem Förderbedarf

- ▶ **Weiterlesen:** Konsortium Bildungsberichterstattung (2018): Bildung in Deutschland. Schulabgänge und Schulabschlüsse. www.bit.ly/2FReKxt (Stand 11.3.2019) / Klemm, K./Bertelsmann Stiftung (2010): Jugendliche ohne Hauptschulabschluss. Analysen – Regionale Trends – Reformansätze. Bertelsmann Stiftung. www.bit.ly/2uEeJGv (Stand 11.3.2019) / ders./Bertelsmann Stiftung (2009): Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam. www.bit.ly/2YM5pHA (Stand 11.3.2019)

Übergang von der Schule in den Beruf

Der Übergang von Schule in Ausbildung, Studium und Beruf ist ein in vielen Kommunen nachgefragtes, zentrales Themenfeld des kommunalen Bildungsmanagements. Die Gefahr, dass Jugendliche mit dem Ende der Schulpflicht und dem Wechsel hin zu Betrieben, Berufsschulen und der Betreuung durch Jobcenter und Agentur für Arbeit »verloren gehen«, ist sehr hoch. Kommunen bringen die Akteure in diesem Bereich an einen Tisch, um Angebote und Systeme miteinander abzustimmen und zu harmonisieren. Sie fördern Berufsorientierung, Transparenz und Beratung für Schüler/innen und Eltern sowie ein entsprechendes Monitoring.

Bildungsziele: Gelingende Übergangsgestaltung für Schüler/innen, Jugendliche und junge Erwachsene ins Berufsleben / »Kein Abschluss ohne Anschluss«

Zielgruppe: Schüler/innen, Jugendliche und junge Erwachsene am Übergang Schule-Beruf / Eltern

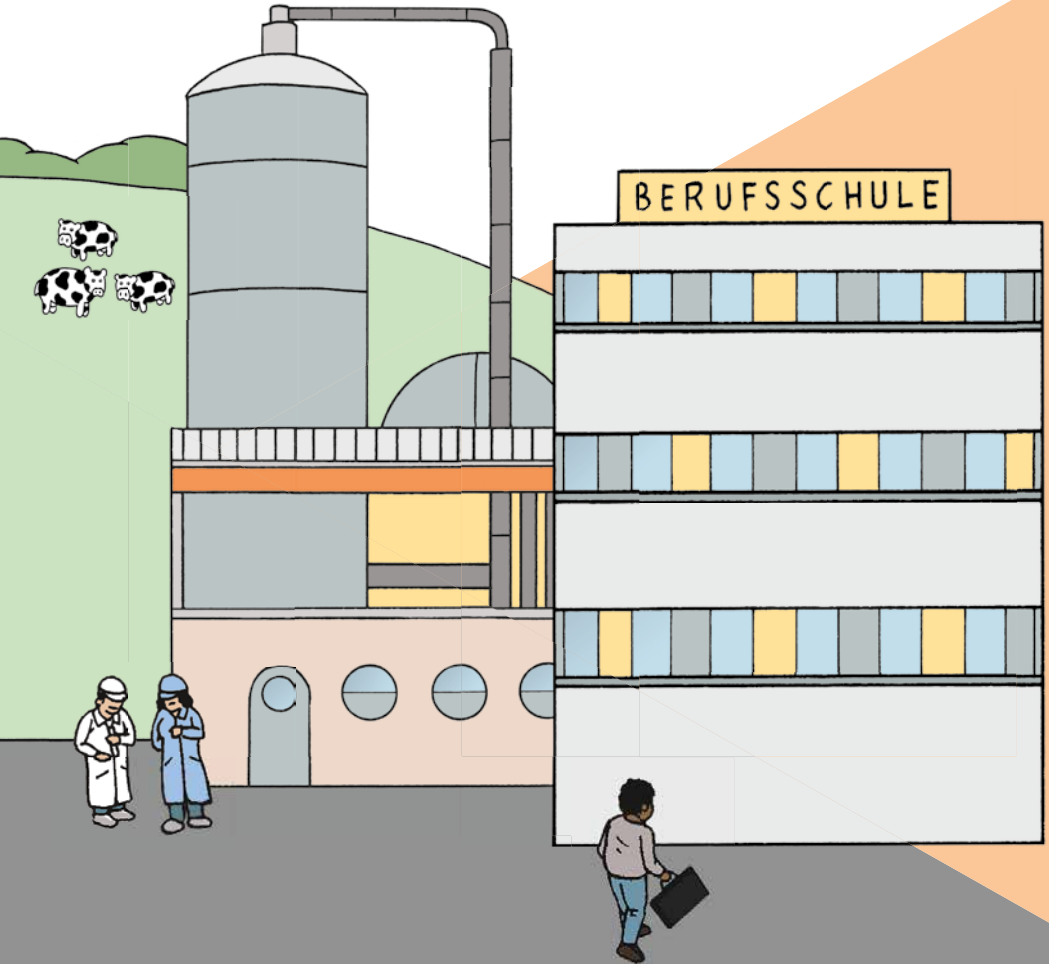
Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Wirtschaftsamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Landesschulamt / Ministerium für Arbeit / weiterführende Schulen / Lehrkräfte und sozialpädagogisches Personal an weiterführenden Schulen / Berufsschulen / Lehrkräfte an Berufsschulen /

Betriebe / Berufskammern / Verbände / Jobcenter / Agentur für Arbeit / Hochschulen und Wissenschaftliche Institutionen

Daten und Kennzahlen: Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen, davon Schulabgänger/innen ohne Abschluss der Sekundarstufe I / Bildungseinrichtungen im Bereich der beruflichen Schulen und der dualen Berufsausbildung / Anzahl neu eingemündeter Schüler/innen an beruflichen Schulen / Anzahl der Schüler/innen an beruflichen Schulen und Anzahl der Auszubildenden / Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge / Vertragsauflösungsquote

- **Weiterlesen:** TransMit (2018): TransMit Magazin Ausgabe 5. Thema Übergang Schule-Beruf. www.transferagentur-mitteldeutschland.de/materialien/transmit (Stand 12.3.2019) / Deutsches Jugendinstitut (DJI): Regionales Übergangsmanagement. www.bit.ly/2TKtgL2 (Stand 12.3.2019) / Deutsches Jugendinstitut (DJI): Toolbox »Kommunale Koordinierung im Übergang Schule-Beruf«. www.bit.ly/2I4N3CJ (Stand 12.3.2019)

Berufliche Bildung



Die Kommune kann Jugendlichen und jungen Erwachsenen Chancen eröffnen, in der Region eine für sie geeignete Ausbildung und Arbeit zu finden, Leerläufe zu vermeiden und sie damit an die Region zu binden. Weiterführende Bildungsmöglichkeiten stellen dabei einen wichtigen Faktor dar. Strukturell ist die Standortsicherung der Berufsschulen, die Schaffung von Ausbildungsstellen und die Fachkräftesicherung von großer Bedeutung zur Stärkung der regionalen Wirtschaft.

Die Wege nach der Schule verzweigen sich in ein dichtes Geflecht aus Ausbildungsmaßnahmen (und Studienmaßnahmen, siehe Kapitel »Akademische Bildung«). Hierbei sind die duale Ausbildung als Kombination aus Lehrbetrieb und Berufsschule und die vollzeitschulischen/überbetrieblichen Berufsausbildungen zu unterscheiden. Darüber hinaus gibt es mittlerweile zahlreiche Übergangsmaßnahmen, in denen in ein- oder mehrjährigen Vorbereitungskursen die Voraussetzungen zur Aufnahme einer berufsqualifizierenden Ausbildung geschaffen werden sollen.

Nachfolgend finden sich Themen, die im engeren Sinne zur beruflichen Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gehören und kommunal gefragte Arbeitsfelder sind. Dazu gehört etwa die Passung von Angebot und Nachfrage bei Ausbildungsstellen, der Nacherwerb von Schulabschlüssen oder die Stärkung der dualen Ausbildung.

Rechtliche Rahmenbedingungen: Die Regelung der Ausbildung in den Betrieben ist Sache des Bundes, hier sind das Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder etwa das Gesetz zur Ordnung des Handwerks (HWO) zu nennen. Sie wird inhaltlich stark von den Kammern und Berufsverbänden ausgefüllt, die hier entsprechende Kompetenzen bis hin zur Prüfungsabnahme übernehmen. Die Berufsausbildung in den Schulen fällt in die »Kulturhoheit« der Länder. Sie regeln durch Schul- und Lehrerbildungsgesetze die Schulangelegenheiten. Darüber hinaus erfolgt eine Abstimmung der Bundesländer im Rahmen der Kultusministerkonferenz, wo Ausbildungsordnungen und weitere Ordnungen aufeinander abgestimmt werden. Die Kommunen sind als Träger für die äußeren Angelegenheiten der beruflichen Schulen zuständig. Sie erarbeiten die entsprechende Schulnetz- bzw. Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen. Sie stimmen die angebotenen Ausbildungsgänge mit den Sozialpartnern, Wirtschaftsverbänden und der Agentur für Arbeit ab.

Nacherwerb von Schulabschlüssen

Immer noch beenden Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Andere haben den Wunsch, einen höheren Schulabschluss zu erwerben, der ihnen weitere berufliche Möglichkeiten eröffnet. Der oftmals selbst Bildungsakteuren nicht bekannte Nacherwerb von schulischen Abschlüssen im Rahmen der beruflichen Ausbildung kann ein Mittel gegen Jugend- und verfestigte Arbeitslosigkeit sein. Zum einen steigen die formalen Anforderungen für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit, zum anderen besteht statistisch ein deutlich höheres Risiko, ohne Abschluss vorübergehend oder dauerhaft arbeitslos zu sein. In den beruflichen Ausbildungsgängen kann ein Schulabschluss der Sekundarstufe I mit erworben werden, im beruflichen Gymnasium oder Abendgymnasium sogar die fachgebundene bzw. allgemeine Hochschulreife.

Bildungsziele: Alle berufsqualifizierenden Schulabschlüsse können in der Kommune in der Ausbildung bzw. über den zweiten Bildungsweg erworben werden / Berufs- und Bildungsberatung weisen auf die Möglichkeiten des Nacherwerbs von Schulabschlüssen hin / Jugendliche kennen und nutzen die Möglichkeit, Schulabschlüsse nachträglich zu erwerben

Zielgruppe: (Zukünftige) Schulabgänger/innen / Eltern

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Wirtschaftsamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Minis-

terium für Arbeit / Landesschulamt / berufliche Schulen / Freie Träger von beruflichen Schulen / Betriebe / Berufskammern / Verbände / Anbieter von Berufs- und Bildungsberatung / Jobcenter / Agentur für Arbeit

Daten und Kennzahlen: Anzahl und Anteil der Jugendlichen und Erwachsenen ohne Berufsreife an allen Schulabgängerinnen/ Schulabgängern / Ausbildungsgänge mit Möglichkeiten des nachträglichen Erwerbs von Schulabschlüssen / Anzahl und Anteil der Teilnehmer/innen in diesen Ausbildungsgängen / Anzahl und Anteil an erfolgreichen Schulabschlüssen in diesen Ausbildungsgängen

Stärkung der dualen Berufsausbildung

Bundesweit gab es in den letzten Jahrzehnten den Trend zu immer höheren Übergangszahlen an das Gymnasium bzw. die schulischen Zweige, die für die Hochschulreife qualifizieren. Dies führt zu größerem Wegzug aus dem ländlichen Raum in die Hochschulstandorte. Dabei muss die Aufnahme einer dualen Ausbildung schon längst nicht mehr »zweite Wahl« sein und kann selbst für Schüler/innen mit Hochschulreife attraktiv sein. Es gibt viele attraktive Berufe und die Berufsausbildung ist auch durch den Wandel der Technologie häufig vielfältiger und herausfordernder geworden. Schaffen es Unternehmen und die regionalen Akteure, junge Erwachsene von den Chancen der dualen Berufsausbildung zu überzeugen, und die Ausbildungsangebote sowohl finanziell als auch inhaltlich attraktiv zu gestalten, so können sie dafür sorgen, dass junge Menschen an die Region gebunden werden.

Bildungsziele: Die regionalen Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten sind Schulabgängerinnen/Schulabgängern und ihren Eltern bekannt / Die Kommune setzt sich dafür ein, Ausbildungsangebote attraktiv für junge Erwachsene zu gestalten

Zielgruppe: (Zukünftige) Schulabgänger/innen / Eltern

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Wirtschaftsamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Landeschulamt / Ministerium für Arbeit / berufliche Schulen / Freie Träger von

beruflichen Schulen / Berufseinstiegsbegleitung / Betriebe / Ausbildungsplatzanbieter / Berufskammern / Verbände / Anbieter von Berufs- und Bildungsberatung / Jobcenter / Agentur für Arbeit

Daten und Kennzahlen: Anzahl und Anteil der Schüler/innen nach Schul- und Abschlussart / Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation / Unversorgte Bewerber/innen / Anzahl und Anteil an Auszubildenden in der dualen Ausbildung / Qualitative Betrachtungen der Ausbildungsattraktivität / Befragungen zu Berufswünschen / Befragungen zu Inhalten der Berufs- und Bildungsberatung

- **Weiterlesen:** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) / Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Programm »Bildungsketten«. www.bildungsketten.de (Stand 15.3.19) / Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Berufsbildungsbericht 2018. Ausbildungsmarktsituation 2017. www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2018.pdf (Stand 15.3.19)

Passung von Ausbildungsangebot und -nachfrage

In den letzten Jahren sank in Ostdeutschland die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen erheblich. Aber auch die Zahl der Schulabgänger/innen ist durch den Geburtenrückgang nach der Wiedervereinigung und seines demografischen Echos eingebrochen und die Aufnahme eines Studiums für viele attraktiv geworden. Dies führt in einigen Branchen zu einem nachfragefreundlichen Markt, erschwert aber auch Unternehmen die Auswahl passender Bewerber/innen. Hier ein Verhältnis zu erreichen, welches dem Einzelnen vielfältige Möglichkeiten offeriert und gleichzeitig den Unternehmen eine gewisse Planungssicherheit bei ihren Ausbildungen sichert, ist eine Kernaufgabe kommunalen Bildungsmanagements.

Bildungsziele: Jede/r Schulabgänger/in erhält einen Ausbildungsplatz / Der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen wird verringert

Anbieter von Berufs- und Bildungsberatung / Betriebe und Ausbildungsplatzanbieter / Berufskammern / Verbände / Jobcenter / Agentur für Arbeit

Zielgruppe: Schulabgänger/innen

Daten und Kennzahlen: Anzahl und Anteil der Schulabgänger/innen nach Abschluss / Anzahl an Ausbildungsstellen / Unversorgte Bewerber/innen / Unbesetzte Ausbildungsstellen / Erhebungen/Befragungen über Wünsche der Schüler/innen und Vorstellungen der Betriebe und Ausbildungsplatzanbieter

Akteure: Schulverwaltungsamt/Amt für Bildung / Bildungsbüro / Wirtschaftsamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Landesschulamt / Ministerium für Arbeit / berufliche Schulen / Freie Träger von beruflichen Schulen / Berufseinstiegsbegleitung /

- ▶ **Weiterlesen:** Müller, M./Deutsches Jugendinstitut (2017): Neue Wege, undurchschaubare Wildnis oder ausgetrampelte Pfade. Welche Pläne und tatsächlichen Wege verfolgen Jugendliche nach dem Verlassen der Schule? Vortrag auf der Jugendkonferenz 2017 des Landkreises Mansfeld-Südharz. www.bit.ly/2VcHgyK (Stand 15.3.2019) / Matthes, S. et al. (2014): Wenn Angebot und Nachfrage immer seltener zusammenfinden. Wachsende Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt: Analysen und Lösungsansätze. Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). www.bit.ly/2V80Hsq (Stand 15.3.2019)

Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen

Viele Vertragsauflösungen gehen auf einen Ausbildungsplatzwechsel oder auf die Aufnahme eines Studiums zurück. Es gibt aber auch »harte« Ausbildungsabbrüche, die vom Auszubildenden und/oder von der Ausbildungseinrichtung ausgehen. Sie können für manche Jugendliche einen Misserfolg darstellen. Und sie können von Betrieben als Fehlinvestition wahrgenommen werden, was bis zur Einstellung des Ausbildungsplatzangebotes führen kann. Die Kommune kann sich hier mit den relevanten Akteuren und insbesondere mit den Betrieben für eine bessere Informationspolitik und ein realistischeres Berufsverständnis auf der einen Seite und für die Erhöhung der Attraktivität und Qualität der Ausbildung und Hilfe in Problemlagen auf der anderen Seite einsetzen.

Bildungsziele: Senkung der Anzahl vorzeitiger Vertragsauflösungen / Bessere Berufs- und Bildungsberatung / Jeder Auszubildende mit Beratungsbedarf erhält ein psychosoziales Unterstützungsangebot

liche Schulen / Freie Träger von beruflichen Schulen / Anbieter von Berufs- und Bildungsberatung / Betriebe und Ausbildungsplatzanbieter / Berufskammern / Verbände / Jobcenter / Agentur für Arbeit

Zielgruppe: (Zukünftige) Schulabgänger/innen / Eltern / Betriebe / Ausbildungsanbieter / Berufskammern

Daten und Kennzahlen: Anzahl vorzeitiger Vertragsauflösungen und Vertragsauflösungsquote / Gliederung nach Ausbildungsart, -ort, Geschlecht und Entwicklung / Inanspruchnahme von psychosozialen Unterstützungsangeboten / Anzahl nicht durchgeführter Vertragsauflösungen nach psychosozialer Unterstützung

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Wirtschaftsamt / Eltern und ihre Interessenvertreter/innen / Bildungsministerium / Landeschulamt / Ministerium für Arbeit / beruf-

- **Weiterlesen:** Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Vertragsauflösungen im Spiegel der Statistik. www.bibb.de/de/10903.php (Stand 15.3.2019) / Stadt Leipzig / Landkreis Nordsachsen / Landkreis Leipzig (2012): Bericht zur Studie: »Hintergründe vorzeitiger Lösungen von Ausbildungsverträgen aus Sicht von Auszubildenden und Betrieben in der Region Leipzig«. www.bit.ly/2I1NuOh (Stand 15.3.2019)

Einmündung von Neuzugewanderten ins Ausbildungssystem

Einige der jungen Neuzugewanderten erreichen in Deutschland einen Schulabschluss. Anderen ist dies nicht vergönnt. Hier setzt das Ausbildungssystem an: Wie können sie ins Ausbildungssystem eingegliedert werden, wie kann ihnen eine Ausbildung schmackhaft gemacht werden? Welche Möglichkeiten gibt es, Schulabschlüsse nachzuholen? Aufgrund des teils prekären Aufenthaltsstatus und des sehr fragmentierten Systems der beruflichen Ausbildung kann vielleicht nicht jeder/m geholfen werden und die Kommune nur begrenzt intervenieren. Aber in der kommunalen Koordination können Möglichkeiten und Defizite der beruflichen Ausbildung sichtbar gemacht, die Beteiligten zusammengebracht und gegebenenfalls ergänzende Angebote entwickelt werden.

Bildungsziele: Einmündungsquote und Abschlussquote in der Berufsausbildung für junge Neuzugewanderte erhöhen / Berufsausbildung als Handlungsoption für Neuzugewanderte darstellen

Zielgruppe: Ausbildungsfähige junge Neuzugewanderte

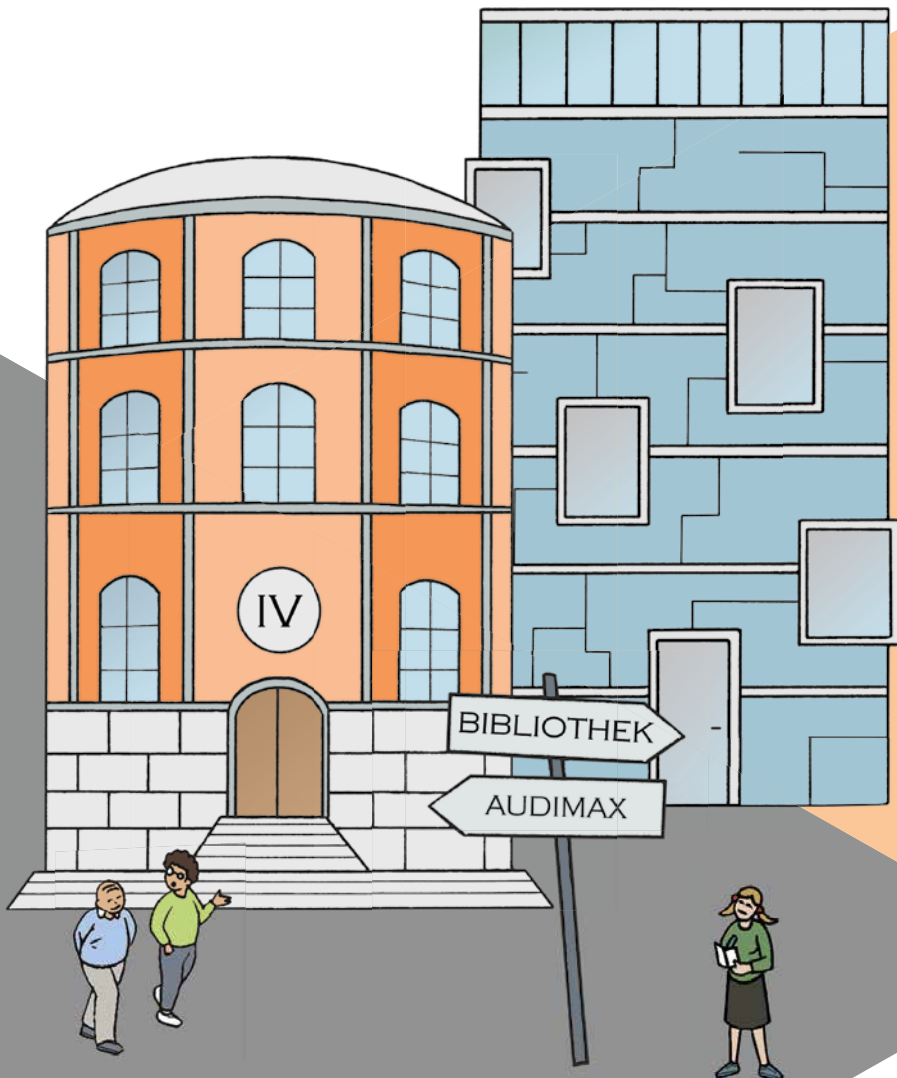
Akteure: Schulverwaltungsamt/Amt für Bildung / Bildungsbüro / Wirtschaftsamt / Amt für Integration/Ausländerbehörde / Integrationshelfer/innen- und Koordinatorinnen/Koordinatoren / Ministerium für Arbeit / Migrantenselbstorganisa-

tionen / Ehrenamtsinitiativen / berufliche Schulen / Freie Träger von beruflichen Schulen / Anbieter von Berufs- und Bildungsberatung / Betriebe / Ausbildungsplatzanbieter / Berufskammern / Verbände / Jobcenter / Agentur für Arbeit

Daten und Kennzahlen: Anzahl unbesetzter Ausbildungsstellen / Unversorgte ausländische Bewerber/innen für Ausbildungsstellen / Anzahl und Anteil ausländischer Auszubildender / Anzahl und Anteil von Schul- und Ausbildungsabschlüssen ausländischer Auszubildender

- ▶ **Weiterlesen:** TransMit (2018): Dokumentation der Bildungswerkstatt: Bildungsangebote für Zugewanderte koordinieren III – Integration in Ausbildung und Arbeit vom 30.1.2018. www.bit.ly/2OEPu6v (Stand 15.3.2019) / Braun, F./Lex, T./Deutsches Jugendinstitut (2016): Zur beruflichen Qualifizierung von jungen Flüchtlingen. Ein Überblick. www.bit.ly/21b69r3 (Stand 15.3.2019)

Akademische Bildung



Die Akademische Bildung ist ein Handlungsfeld des Bildungsmanagements, welches von Kommunen noch stärker in den Blick genommen werden kann. Universitäten und Hochschulen stellen einen wichtigen Baustein im Konzept des lebenslangen Lernens dar und sind nachweislich Anker für junge Erwachsene im regionalen Raum. Sie fördern Innovation und Wissenstransfer in der Region. Zudem bereichern sie durch ihre internationale Ausrichtung das kulturelle Umfeld.

Auch wenn der kommunale Gestaltungsspielraum in diesem Feld begrenzter ist als bei anderen Bildungsphasen (siehe unten), so können Kommunen durch Forschungs- und Strukturförderung günstige Rahmenbedingungen zur Ansiedlung und Ausweitung von Hochschulen schaffen. Das Bildungsmonitoring kann Initiativen durch die Bereitstellung relevanter Planungsdaten unterstützen. Kommunen können eine Abstimmung von Studienrichtungen und regionalem Fachkräftebedarf fördern. Auch sind abgewanderte Studienabgänger/innen für Kommunen im Rahmen von Rückholprogrammen interessant. Schließlich sind Hochschulen Orte der lebenslangen Weiterbildung und ermöglichen etwa auch Familien, Erwachsenen und Seniorinnen/Senioren Lernen bis ins hohe Alter.

Rechtliche Rahmenbedingungen: Das Recht der Hochschulen ist fast ausschließlich Landessache. Hatte der Bund früher mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) von seiner Rahmenkompetenz Gebrauch gemacht, darf er seit der Föderalismusreform 2007 nur noch im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben, der Hochschulbauten, der Zulassung zum Studium und der Hochschulabschlüsse selbständig aktiv werden. Und auch hier haben die Länder ein Recht zur abweichenden Gesetzgebung. Die Länder regeln die rechtliche Grundlage in den Landeshochschulgesetzen und Landeszulassungsgesetzen. Mittels Zielvereinbarungen werden strategische Verträge zwischen dem Land und den einzelnen Hochschulen abgeschlossen, die sich auf das Fächerangebot, die Studiengänge, die Qualitätsentwicklung, die Forschung und die Finanzierung beziehen. Die Hochschulen wiederum regeln ihre Verhältnisse in Form von Grundordnungen und Satzungen.

Kooperationen mit Hochschulen ausbauen

Hochschulen und Universitäten sind wichtige Partner im kommunalen Bildungsmanagement. So ist die Existenz eines Hochschulstandorts oder zumindest einer Außenstelle für viele Kommunen im ländlichen Raum ein wichtiges Puzzleteil, um auch akademische Bildung vorhalten zu können. Außerdem können Hochschulen Impulse für Kooperationen in Wirtschaft und Bildung bieten. Im Rahmen gemeinsamen Hochschulmarketings kann die Hochschule mit der Kommune zusammen Studierende gewinnen, Imagewerbung betreiben und junge Menschen an die Kommune binden. Die Wissenschaftler/innen, aber auch die Studierenden selbst, sind gern gesehene Kooperationspartner und bringen durch vertiefende Studien oder durch Seminare und Kooperationsveranstaltungen einen Mehrwert für regionale Bildungsarbeit.

Bildungsziele: Akademische Bildung in der Kommune ermöglichen und ausbauen / Kooperationen mit Hochschulen und Universitäten ausbauen / Potenzial von Hochschulen für kommunale Bildungsarbeit nutzen

Zielgruppe: (Potenzielle) Studierende / Hochschulen und Universitäten

Akteure: Amt für Bildung / Ämter / Geschäftsbereiche für Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung/Innovation / Ministerium für Wissenschaft und

Forschung / Hochschulen und Universitäten / Fachbereiche, Dozentinnen/Dozenten und Studierende / Unternehmen / Ausgründungen / Sonstige Arbeitgeber

Daten und Kennzahlen: Anzahl der Hochschulstandorte / Anzahl an Studierenden und Anteil bezogen auf die Bevölkerung / Herkunft der Studierenden / Anzahl der Hochschulabsolventinnen/Hochschulabsolventen / Anzahl der Kooperationen mit Hochschulen / Anzahl der regionalen Verbundeinrichtungen

- **Weiterlesen:** Stadt Nürnberg (2013): Bildungsberichterstattung der Stadt Nürnberg. Teilbericht F: Hochschulen. www.bit.ly/2TLARJm (Stand 13.3.2019) / Landkreis Vorpommern-Greifswald/Hochschule Neubrandenburg (2013): Unidorf. Vom Elfenbeinturm ins Dorf – Hochschulen als Impulsgeber. www.bit.ly/2CPlx94 und www.bit.ly/2FIWi92 (Stand 13.3.2019)

Akademiker/innen und Studienabbrecher/innen gewinnen

Bundesweit gibt es viele Studierende, die ihr Studium vorzeitig abbrechen. Für die Kommunen bedeutet dies einen Verlust an Produktivkräften, sofern die Aufgabe des Studiums auch zu einem Wegzug aus der Region führt. Kommunen können hier zeigen, dass das bis dahin gesammelte Wissen der Studierenden nicht verloren sein muss, sondern es Chancen gibt, im Rahmen sogenannter »Fast-Track-Programme« in kurzer Zeit in den Ausbildungs- und später in den Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden. Über Rückkehrprogramme können zudem Absolventinnen/Absolventen in Kooperation mit der Wirtschaft für den regionalen Arbeitsmarkt gewonnen werden.

Bildungsziele: Vermittlung von Studienabbrecher/innen in duale Ausbildung bzw. Weiterführung des Studiums an einer Hochschule vor Ort / Vermehrte Rückkehr von Hochschulabsolventinnen/Hochschulabsolventen in die Region bzw. die Kommune durch Rückkehrprogramme und Marketingmaßnahmen

Zielgruppe: Studierende an Hochschulen / Hochschulabsolventinnen/Hochschulabsolventen

Akteure: Amt für Bildung / Ämter / Geschäftsbereiche für Wirtschaft, Wissen-

schaft und Forschung/Innovation / Ministerium für Wissenschaft und Forschung / Hochschulen und Universitäten / Studien- und Bildungsberatung / Unternehmen / Sonstige Arbeitgeber / Kammern und Verbände

Daten und Kennzahlen: Anzahl der Studierenden und Hochschulabsolventinnen/Hochschulabsolventen nach regionaler Herkunft / Anzahl der Studienabbrecher/innen nach regionaler Herkunft / Anzahl und Beschreibung von Rückkehrprogrammen und Marketingmaßnahmen

- ▶ **Weiterlesen:** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Studienabbruch. Und dann? www.studienabbruch-und-dann.de (Stand 13.3.2019) / Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (2016): Im Fokus. Rückkehrer – ein Thema für ländliche Räume?! LandinForm 1/2014. www.bit.ly/2uEloR1 (Stand 13.3.2019)

Seniorinnen/Senioren an Hochschulen

Der Anteil der Seniorinnen/Senioren an der Gesamtbevölkerung steigt. Gut gebildete und aktive Seniorinnen/Senioren können das Gemeinwesen bereichern und ihre Erfahrungen einbringen. Lebenslanges Lernen wirkt sich auch positiv auf die Lern- und Gedächtnisleistungen aus. Dabei geht es auch um die Inklusion von »jungen Alten« und »Hochbetagten« in die Wissensgesellschaft. Neben Volkshochschulen, Vereinen und etwa Seniorentreffs können auch Hochschulen ihren Beitrag leisten, indem sie eine Kursteilnahme oder Gasthörerschaft ermöglichen oder durch ein Seniorenkolleg sogar maßgeschneiderte Programme für diese Gruppe anbieten. Da die Programme keine formelle Zulassung voraussetzen, können Personen jeglichen Bildungs- und Qualifikationshintergrundes teilnehmen.

Bildungsziele: Lebenslanges Lernen und Bildungsbeteiligung im Rentenalter ermöglichen / Inklusion von »jungen Alten« und »Hochbetagten« in die Wissensgesellschaft

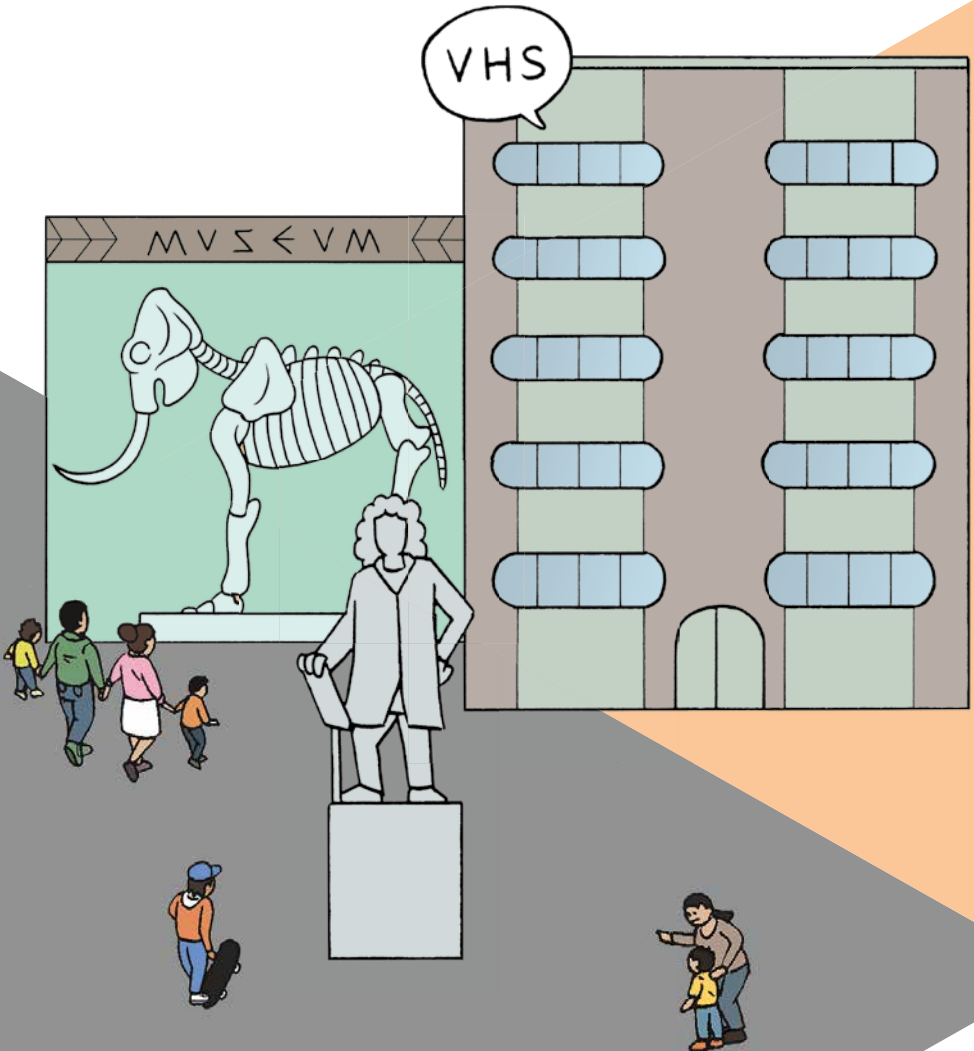
Zielgruppe: Seniorinnen/Senioren

Akteure: Amt für Bildung / Gesundheitsamt / Sozialplanung / Kreis- und Stadt seniorenrat / Seniorenvereinigungen und -treffs / Wohlfahrtsverbände / Hochschulen und Universitäten / Seniorenkollegs

Daten und Kennzahlen: Anteil der Bevölkerung über 67 Jahre an der Gesamtbevölkerung / Altenquotient / Anzahl Gasthörer/innen nach Altersgruppen / Angebote der Hochschulen für ältere Personen / Anzahl Teilnehmer/innen gegliedert nach Herkunft / Erhebung/ Befragung über Bedarfe und Nutzung bei der Zielgruppe

- ▶ **Weiterlesen:** Nationale Koordinierungsstelle Europäische Agenda für Erwachsenenbildung (2013): Dokumentation Regionalkonferenz: »Bildung Älterer und generationsübergreifendes Lernen« am 14.11.2013 in Leipzig. www.bit.ly/2YDxibT (Stand 13.3.2019) / Hyun Jung, J. (2017): Weiterbildung für ältere Erwachsene an deutschen Universitäten. Dissertation. www.bit.ly/2JVtQWv (Stand 13.3.2019) / Deutsche Gesellschaft für Wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium (DGWF): Publikationen. www.dgwf.net/publikationen (Stand 13.3.2019)

Weiterbildung / Non-formale Bildung



Bildung, die außerhalb von formalisierten Strukturen stattfindet, als auch der Weiterbildungsbereich, sind für viele Kommunen unterschätzte Hebel für kommunale Bildungsarbeit. Zu weit weg scheinen sie von den verfestigten und teils verpflichtenden Bildungsorten um Kindheit und Schule herum. Fast alle Landkreise und kreisfreien Städte verfügen aber mit Volkshochschulen, Bibliotheken und Museen über bekannte Einrichtungen, in denen sie nicht nur über die äußeren Angelegenheiten bestimmen, sondern dezidiert auch die Inhalte dessen, was vermittelt wird, festlegen können. Auch sind private Weiterbildungsanbieter von Entscheidungen der kommunalen Ebene betroffen.

Zumindest der Weiterbildungsbereich, der auf den Erwerb von beruflichen Kompetenzen und Qualifikationen gerichtet ist, kann kaum noch als Bereich non-formaler Bildung angesehen werden. Hier fehlt eigentlich nur die Pflicht zur Teilnahme, inhaltlich sind die Kurse bei den Volkshochschulen und anderen Weiterbildungsanbietern stark strukturiert und in ein System von abrechenbaren beruflichen Qualifikationen eingebunden. Es können auch Schulabschlüsse nachgeholt werden.

Nachfolgend wurden Themen ausgewählt, die für Kommunen zurzeit sehr relevant sind. Dazu gehört die Grundbildung und Alphabetisierung. Dann sind Weiterbildungseinrichtungen mit ihren Integrationsangeboten für Neuzugewanderte beim Ankommen wichtige Anker. Sie sind auch in Bezug auf berufliche Weiterbildungsangebote in den Blick zu nehmen. Schließlich können Bibliotheken und Volkshochschulen mittels innovativer pädagogisch-baulicher Modelle zu einem zentralen Lern- und Aufenthaltsort für Bürger/innen werden.

Rechtliche Rahmenbedingungen: Für den Weiterbildungsbereich sind vor allem die Länder zuständig. Übergreifende Regelungen existieren kaum. Die Bundesländer regeln in ihren Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungsgesetzen die Struktur, Rahmenbedingungen und individuelle Ansprüche etwa auf Bildungsfreistellung. Die Kommunen können mit Satzungen/ Geschäftsordnungen die Verhältnisse der Volkshochschulen, Bibliotheken und Museen regeln.

Grundbildung und Alphabetisierung

»Chef, der Mann kann nicht lesen.« Wer kennt dieses Zitat aus der Fernsehwerbung nicht? Laut der Level-One-Studie (leo.) von 2011 sind 14% bzw. 7,5 Millionen der Personen in Deutschland von totalem oder funktionellem Analphabetismus betroffen. Das bedeutet, dass sie gar nicht lesen, rechnen und schreiben können oder ihre Kompetenzen deutlich unter denen anderer Menschen liegen. In den Kommunen und insbesondere den Volkshochschulen als Anlaufstelle laufen bundesweite Projekte und kommunale Anstrengungen, um systematisch zu informieren und zu qualifizieren. Lokale Netzwerke und Multiplikatorinnen/Multiplikatoren arbeiten zusammen, um Bürger/innen an die richtigen Stellen zu bringen und ihnen mehr Teilhabe am Leben vor Ort und berufliche Einstiegs- und Aufstiegschancen zu ermöglichen.

Bildungsziele: Anteil der Personen mit totalem oder funktionalem Analphabetismus in der Kommune verringern / Jede/r Bürger/in kennt Möglichkeiten der Grundbildung und Alphabetisierung in der Kommune

Zielgruppe: Analphabetinnen/Analphabeten aller Altersgruppen

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Kommunale Grundbildungsbeauftragte / Volkshochschule / Bibliotheken / Gesundheitsamt / Anbieter von Lernangeboten / Beratungsstellen / Servicestellen mit Bürger/

innenkontakt / Wirtschaft/Unternehmen / Jobcenter / Agentur für Arbeit / Ehrenamtsinitiativen / Bundes- und Landesprojekte

Daten und Kennzahlen: Anteil von Personen mit niedrigem oder keinem Schulabschluss / Ausländeranteil / SGB II-Quote / SGB XII-Quote / Arbeitslosenquote / Anteil von Personen mit totalem/funktionalem Analphabetismus / Angebot von Grundbildungsmaßnahmen / Teilnehmende an Grundbildungsmaßnahmen / Erhebungen/Befragungen zu Lebensbedingungen, Verläufen und Lernerfolg

- ▶ **Weiterlesen:** Deutscher Volkshochschulverband e. V. (DVV) (2015): Kommunale Grundbildungsplanung. Strategieentwicklung und Praxisbeispiele. www.bit.ly/2FRkas8 (Stand 18.3.2019) / Grotlüschen, A./Riekmann, W. (2011): leo. – Level-One Studie. Literalität von Erwachsenen auf den unteren Kompetenzniveaus. Presseheft. www.bit.ly/2LTgHJQ (Stand 18.3.2019)

Sprach-, Beratungs- und Integrationsangebote schaffen

Neuzugewanderte kommen zum großen Teil unter großen Anstrengungen nach Deutschland, benötigen aber Unterstützung, um hier Fuß zu fassen. Dazu gehören Informationen über die Gesellschaft, Gesetze und Regeln und die Chancen des Bildungs- und Ausbildungssystems, als auch der Erwerb von sprachlichen Kompetenzen. Hier Sprach- und Integrationsangebote durch die eigene Volkshochschule zu schaffen oder im Verbund mit freien Fortbildungseinrichtungen zu organisieren und Möglichkeiten einer Beratung aufzuzeigen, ist eine wichtige Aufgabe kommunaler Bildungskordinatorinnen/Bildungskoordinatoren.

Bildungsziele: Teilhabe von Neuzugewanderten durch Sprach- und Integrationsangebote erhöhen / Transparente Beratung für Neuzugewanderte zu kommunalen Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in der Kommune

Zielgruppe: Neuzugewanderte aller Altersgruppen

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Volkshochschule / Wirtschaftsamt / Jugendamt / Amt für Integration / Integrationshelfer/innen und Koordinatorinnen/Koordinatoren / Freie Weiterbildungsträger / Ministerium für Arbeit / Ministerium für Bildung / Bundes- und Landesprogramme / Migran-

tenselbstorganisationen / Ehrenamtsinitiativen / Anbieter von Berufs- und Bildungsberatung / Schulen / Betriebe / Berufskammern / Verbände / Jobcenter / Agentur für Arbeit

Daten und Kennzahlen: Anzahl und Anteil von Neuzugewanderten nach Altersgruppen / Anteil im Verhältnis zur sonstigen Bevölkerung / Anzahl an Sprach- und Integrationskursen / Anzahl der Teilnehmer/innen an Sprach- und Integrationskursen / Anzahl und Anteil erfolgreich belegter Kurse / Darstellung von Anschlussmöglichkeiten / Erhebungen / Befragungen bei Akteuren und Neuzugewanderten im Bereich der sprachlichen und gesellschaftlichen Eingliederung

- **Weiterlesen:** Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Starter-Paket »Bildung für Neuzugewanderte«. www.transferinitiative.de/starterkit_koko.php (Stand 18.3.2019) / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Integrationskurse. www.bit.ly/1emOxSU (Stand 18.3.2019)

Förderung der beruflichen Weiterbildung

Will eine Kommune ihren Bürgern/innen in einer Zeit rasanten Wandels der Arbeit Chancen ermöglichen, so kümmert sie sich auch um die Förderung der beruflichen Weiterbildung. Auch wenn der Markt der Weiterbildungsanbieter unübersichtlich ist, so gilt es, die meist in Hand der Kommune befindliche Volkshochschule als Element der beruflichen Weiterbildung zu stärken. Des Weiteren kann sie mit den Trägern der Berufsberatung, Unternehmen und Weiterbildungsanbietern ein auf den heimischen Arbeitsmarkt abgestimmtes Angebot fachspezifischer Kompetenzvermittlung und Abschlüsse, als auch methodische und soziale Schlüsselkompetenzen bereitstellen. Schließlich ist die Qualität der Angebote Teil kommunaler Bildungsverantwortung.

Bildungsziele: In der Kommune bestehen zukunftsfähige und qualitätsvolle Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung / Die Weiterbildungsquote wird gesteigert / Die Weiterbildungsanbieter stimmen ihre Angebote im Hinblick auf den regionalen Weiterbildungsbedarf ab

Zielgruppe: Erwachsene in Erwerbsleben/Arbeitslosigkeit

Akteure: Schulverwaltungsamt/Amt für Bildung / Bildungsbüro / Wirtschaftsamt / Volkshochschulen / Freie Weiterbildungsanbieter / Ministerium für Bildung / Ministerium für Arbeit und Soziales / Verband der Weiterbildungsanbieter /

Landesverband der Volkshochschulen / Qualitätsverbände für berufliche Weiterbildung / Anbieter von Berufs- und Bildungsberatung / Betriebe / Berufskammern / Verbände / Gewerkschaften / Jobcenter / Agentur für Arbeit

Daten und Kennzahlen: Bildungsteilnahme, Weiterbildungsquote und Abschlüsse im Bereich beruflicher Weiterbildung / Anzahl der Kurse, Teilnehmer/innen, Unterrichtszeit und Abschlüsse an Volkshochschulen im Bereich beruflicher Weiterbildung / Erfolgsquote von beruflicher Weiterbildung in Bezug auf Arbeitsaufnahme

- **Weiterlesen:** Stadt Leipzig (2013): Berufliche Weiterbildung und Fachkräftebedarf in der Stadt Leipzig. Sonderstudie. www.bit.ly/2YHkYat (Stand 18.3.2019) / Rheingau-Taunus-Kreis (2012): Bildung im Rheingau-Taunus-Kreis 2012. Schwerpunkt Weiterbildung – Anbieterstrukturanalyse. www.lernen-vor-ort.net/downloads/berichte.html (Stand 18.3.2019)

Volkshochschulen und Bibliotheken als Bildungs- und Lernorte

Volkshochschulen und kommunale Bibliotheken sind zentral für die kommunale Bildungsarbeit, weil sie frei in ihren Angeboten sind und damit erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten besitzen. Volkshochschulen bieten fachliche Kompetenz und ein strukturiertes Bildungsprogramm, Bibliotheken neben ihrem Lesebestand häufig die Komponente »Raum« und das (potenzielle) Vorhandensein digitaler Einrichtungen zur Wissensvermittlung. Stehen Veränderungen bei den Einrichtungen an, kann ein geschicktes, auch räumliches Verzahnen einen Verbundort schaffen, an dem analoge und onlinegestützte Kursangebote als auch freier Aufenthalt und internetgestütztes Lernen möglich sind. Somit können zentrale Bildungs- und Aufenthaltsorte geschaffen werden.

Bildungsziele: Zusammenarbeit von Volkshochschulen und Bibliotheken fördern / Etablierung innovativer pädagogisch-baulicher Modelle zur Schaffung zentraler Bildungs- und Begegnungsorte

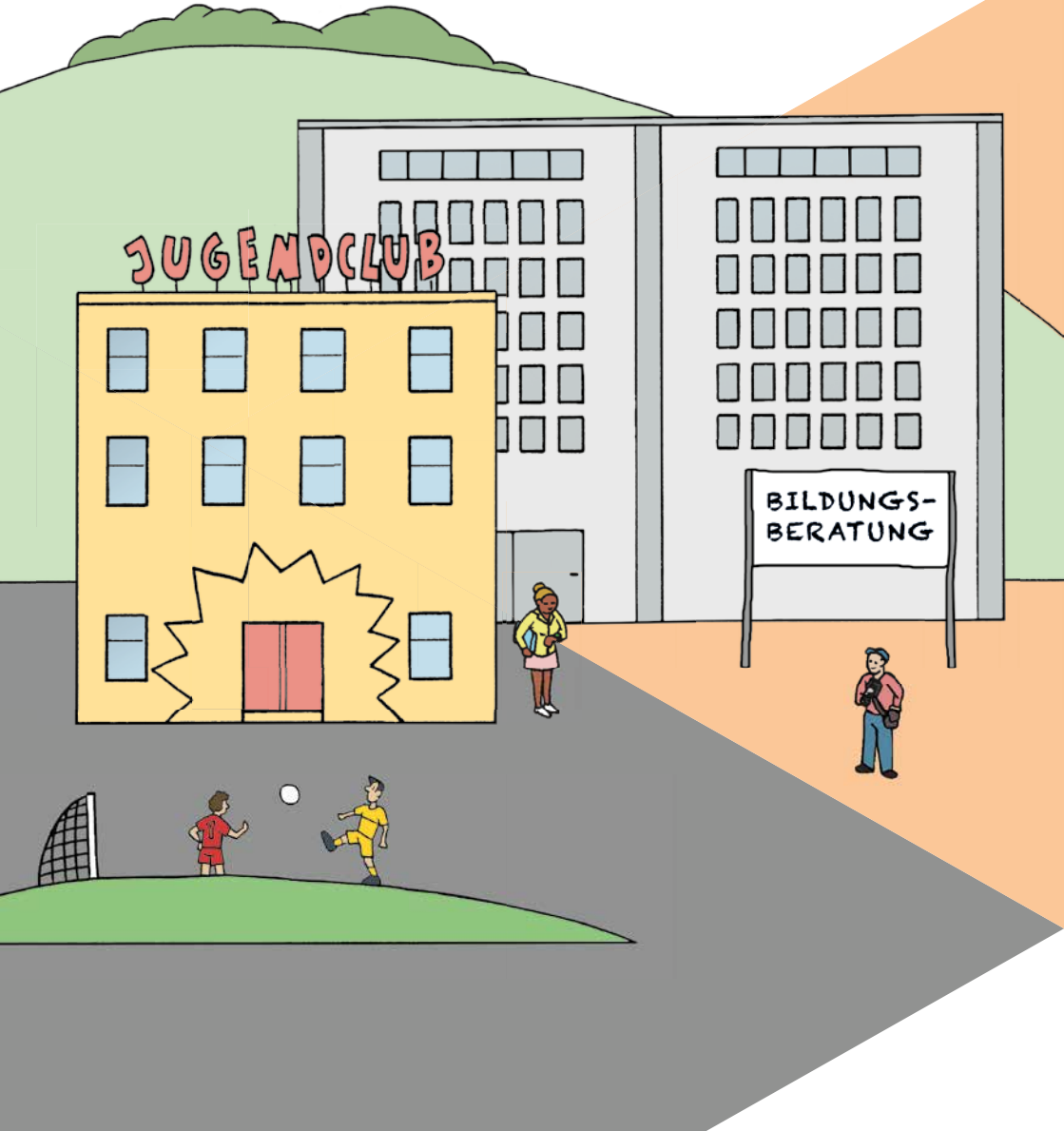
Zielgruppe: (Potenzielle) Nutzer/innen von Bibliotheken und Volkshochschulen

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Bauamt / Volkshochschule / Bibliotheken / Gemeinden / (Landes)Verbände der Volkshochschulen und Bibliotheken / Anbieter digitaler Angebote / Architektinnen/Architekten / Hochschulen und Universitäten / Stiftungen

Daten und Kennzahlen: Bildungsausgaben und Finanzierungsstruktur der Volkshochschulen / Anzahl und Angebotsstruktur der Volkshochschulen / Anzahl der Kursbesucher/innen und Anteil nach Wohnbevölkerung / Bildungsausgaben und Finanzierungsstruktur Bibliotheken / Anzahl an (bereitgestellten) Medien sowie Anteil je Wohnbevölkerung / Kooperationsstrukturen / Anzahl gemeinsamer Veranstaltungen / Erhebungen/Befragungen zur Nutzung

- **Weiterlesen:** Deutscher Bibliotheksverband: Bibliotheksportal. Bibliotheken als Orte Lebenslangen Lernens. www.bibliothekportal.de/ressourcen/bildung/lebenslanges-lernen (Stand 18.3.2019) / Stadt Nürnberg (2019): Bildungscampus Nürnberg. 10 gute Gründe für Bildungszentren. www.bit.ly/2OE9YpK (Stand 18.3.2019)

Querschnittsthemen



Einige Themen, wie etwa die Kulturelle Bildung oder die Kommunale Bildungsberatung, sind »Dauerbrenner« des kommunalen Bildungsmanagements. Andere Themen, wie die Digitalisierung von Einrichtungen und Bildungsinhalten, sind neu und aktuell in aller Munde. Alle diese Themen eint, dass sie sich nicht einer Lebensphase zuordnen lassen, sondern sich auf alle Lebensphasen beziehen können. So ist etwa eine Unterstützung durch ehrenamtliche Kräfte nicht nur auf den Schulbereich begrenzt, so ist Digitalisierung in jeder Bildungsphase denkbar und politische Bildung sollte nicht nur auf die Schule begrenzt bleiben.

Die nachfolgende Themenliste ist nicht abschließend. Manche wichtigen Querschnittsaufgaben, wie etwa die umfassende Durchsetzung von Qualitätsstandards in Bildungseinrichtungen oder die umfassende Integration durch Bildung von Neuzugewanderten aller Altersgruppen haben es nicht in die Broschüre »geschafft«, sind aber gleichwohl Thema umfassender Arbeit der Kommunen im Rahmen der lebenslangen Bildungskette.

Ehrenamtliche Bildungsarbeit

Ehrenamtliche leisten eine wertvolle Ergänzung zu staatlichen, kommunalen oder privatwirtschaftlichen Bildungsangeboten. So sind es viele Ehrenamtliche, die Neuzugewanderten beim Ankommen in unseren Kommunen helfen. Ein anderes Beispiel für ehrenamtliches Engagement geben Seniorinnen/Senioren, denen die Beschäftigung mit jungen Menschen, etwa im Rahmen von Mentoringprogrammen, eine Möglichkeit bietet, aktiv zu bleiben und sich weiterhin gesellschaftlich zu engagieren. Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen können das vielfältige ehrenamtliche Engagement in den Kommunen bündeln und koordinieren.

Bildungsziele: Ehrenamtliche Bildungsarbeit für Gruppen mit speziellem Unterstützungsbedarf fördern / Generationenübergreifende Zusammenarbeit, Partizipation und Zivilgesellschaft stärken / Transparenz und Anlaufstellen für Ehrenamtliche schaffen / Qualifizierung zum Ehrenamtslotsen fördern

Zielgruppe: Personen aller Altersgruppen / Gruppen mit Unterstützungsbedarf

Akteure: Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Sozialamt / Gemeinden / Volkshochschule / Bibliotheken / Museen / Vereine / Öffentliche und private Jugendhilfeeinrichtungen / Soziale

Einrichtungen / Migrantenselbstorganisationen / Kreis- und Stadt seniorenrat / Seniorenvereinigungen und -treffs / Wohlfahrtsverbände / Ehrenamtsinitiativen / Stiftungen

Daten und Kennzahlen: Anzahl der kommunalen Ehrenamtsangebote / Anzahl der Ehrenamtlichen / Anteil im Verhältnis zur Wohnbevölkerung ab 14 Jahren / Anzahl der Erreichten / Anzahl der Qualifizierungskurse zum ehrenamtlichen Engagement / Erhebungen/Befragungen zum freiwilligen Engagement, etwa zu Unterstützungswünschen oder zum Erfolg von Mentoringprogrammen

- **Weiterlesen:** Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (BAGFA). www.bagfa.de (Stand 2.4.2019) / »Seniorpartner in School«-Bundesverband. www.seniorpartnerinschool.de (Stand 2.4.2019) / Bundesnetzwerkstelle Bürgerschaftliches Engagement (BBE). www.b-b-e.de (Stand 2.4.2019)

Umweltbildung / Bildung für nachhaltige Entwicklung

Umweltbildung fördert die Entwicklung elementarer Kompetenzen und sensibilisiert Jung und Alt für einen bewussten Umgang mit der Natur. Qualifizierte Umweltbildungsangebote sprechen alle Sinne an und sind der Schlüssel zu einem besseren Verständnis von Natur und naturwissenschaftlichen Zusammenhängen. Über das einfache Naturerleben hinaus, hinterfragt Umweltbildung gegenseitige Abhängigkeiten und Wirkungsmechanismen innerhalb des Spannungsfeldes von individuellen, gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Interessen. Sie leistet damit einen zentralen Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. BNE soll Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigen, indem alltägliches Handeln kritisch im Hinblick auf weltweite Auswirkungen auf diese und künftige Generationen beleuchtet wird.

Bildungsziele: Die Kommune ist sich der Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen bewusst / In den kommunalen Einrichtungen werden Bildungsangebote zur nachhaltigen Entwicklung gefördert und ausgebaut

Volkshochschulen / Bibliotheken / Wirtschaft und Betriebe, insbesondere für Energie und Umwelt / Verbände und Kammern / Umweltorganisationen und Umweltverbände / Ehrenamtsinitiativen / Hochschulen und Universitäten / Stiftungen

Zielgruppe: Personen aller Altersgruppen / Bildungseinrichtungen / Unternehmen

Daten und Kennzahlen: Anzahl der teilnehmenden Einrichtungen an Umweltbildung/BNE-Programmen / Anzahl der Teilnehmer/innen an solchen Programmen / Anzahl an Kooperationen/Projekten zum Thema / Anteil der Teilnehmer/innen, die Maßnahmen zur Umweltbildung/BNE besucht haben

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Gesundheitsamt / Wirtschaftsamt / Umweltamt / Gemeinden / Kindertagesstätten / Schulen / berufliche Schulen /

- **Weiterlesen:** Programmstelle »Lernen vor Ort« (2013): Werkstattbericht: Kommunale Koordinierung in den Bildungsthemen »Wirtschaft, Technik, Umwelt und Wissenschaft«. www.transferinitiative.de/media/content/WB_10_WTUW.pdf (Stand 2.4.2019) / UNESCO-Kommission: Portal »Bildung für nachhaltige Entwicklung«. Kommunen. www.bne-portal.de/de/bundesweit/kommunen (Stand 2.4.2019)

Naturwissenschaftliche Kompetenzen / MINT-Bildung

Die Stärkung der Qualifikationen der Bürger/innen für den Arbeitsmarkt ist wichtiges Ziel der Bildungspolitik von Bund, Land und Kommunen. Eine stärkere Ausrichtung auf technische Arbeitsinhalte wird mit einer Förderung der Bereiche »Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik« unterstützt (MINT). So hat sich MINT-Bildung als ein Handlungsfeld kommunaler Bildungspolitik etabliert. Kommunen können MINT-Angebotsträger unterstützen, indem sie MINT-Projekte und deren Verzahnung mit formalen Angeboten fördern.

Bildungsziele: Die Kommune wird zur MINT-Region ausgebaut und vernetzt sich mit den entsprechenden Akteuren / Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden für MINT in den Einrichtungen sensibilisiert / Vereine, Unternehmen und Einrichtungen kooperieren zur integrierten oder ergänzenden Durchführung von MINT-Bildungsangeboten

Zielgruppe: Kinder / Jugendliche / Junge Erwachsene / Bildungseinrichtungen

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Wirtschaftsamt / Gemeinden / Landes-

ministerien / Kindertagesstätten / Schulen / berufliche Schulen / Wirtschaft und Betriebe / Verbände und Kammern / Hochschulen und Universitäten / Stiftungen / Bundes-/Landesprogramme

Daten und Kennzahlen: Anzahl und Anteil der Schüler/innen, die Maßnahmen zur MINT-Bildung besucht haben / Anzahl der Schulstunden mit MINT-Bezug / Anzahl der an MINT-Programmen teilnehmenden Einrichtungen / Anzahl der Teilnehmer/innen an solchen Programmen / Anzahl der Kooperationen und Projekte mit MINT-Einrichtungen

- ▶ **Weiterlesen:** Programmstelle »Lernen vor Ort« (2013): Werkstattbericht: Kommunale Koordinierung in den Bildungsthemen »Wirtschaft, Technik, Umwelt und Wissenschaft«. www.transferinitiative.de/media/content/WB_10_WTUW.pdf (Stand 2.4.2019) / Transferagentur Rheinland-Pfalz-Saarland (2018): MINT-Bildung. Stadt. Land. Bildung. Magazin für Kommunales Bildungsmanagement. Ausgabe 6. www.bit.ly/2l6MJmW (Stand 2.4.2019) / Körber-Stiftung/Stifterverband: MINT-Regionen. www.mint-regionen.de (Stand 2.4.2019) / Stiftung »Haus der kleinen Forscher«. www.haus-der-kleinen-forscher.de (Stand 2.4.2019)

Digitalisierung und Bildung

Gute Strategien für den Übergang in die vernetzte, digitale Welt zu schaffen, ist eine Schlüsselaufgabe, vor der heute alle Kommunen stehen. Viele erheben die Digitalisierung zum neuen Entwicklungsschwerpunkt. Um sich ihrer Ziele und Wünsche klar zu werden, aber auch um die richtigen Angebote und Anbieter zu finden, ist eine möglichst breite Diskussion in der Kommune unerlässlich. Die hard- und softwareseitige Umgestaltung von Verwaltung und Bildungseinrichtungen gehört ebenso dazu, wie die Ausbildung von Medienkompetenzen bei den Nutzerinnen/Nutzern digitaler Technologien. Ganz neue Bedarfe entstehen auch im Hinblick auf die Fachkräftesicherung oder notwendige Weiterqualifizierungen im Berufsleben.

Bildungsziele: Bildungseinrichtungen sind vernetzt und verfügen über digitale Lehr- und Lernangebote / Erzieher/innen und Lehrkräfte sind medienpädagogisch und informationstechnisch geschult

Zielgruppe: Personen aller Altersgruppen / Erzieher/innen und Lehrkräfte

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Wirtschaftsamt / Sachgebiet für IT-Ausstattung / Gemeinden / Landesministerien / Landesschulamt / Kindertagesstätten / Schulen /

berufliche Schulen / Verbände und Kammern / Anbieter von digitaler Hard- und Software / Weiterbildungseinrichtungen / Hochschulen und Universitäten / Stiftungen / Bundes- und Landesprogramme

Daten und Kennzahlen: Hard- und Softwareausstattung von Schulen, beruflichen Schulen, Weiterbildungseinrichtungen und Verwaltung / Anzahl und Nutzung der digitalen Lehr- und Lernangebote / Medienpädagogische / IT-Fortbildungen des Personals

- ▶ **Weiterlesen:** Kultusministerkonferenz (2018): Bildung in der digitalen Welt. www.bit.ly/2A3Ud7M (Stand 2.4.2019) / Kammerl, R. (2018): Digitalisierung in der Bildung – Herausforderungen und Chancen für das Bildungsmanagement. Vortrag auf dem Bundeskongress der »Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement in Berlin am 25.9.2018. www.transferinitiative.de/574.php (Stand 2.4.2019) / Bertelsmann Stiftung: Digitalisierung der Bildung. www.digitalisierung-bildung.de (Stand 2.4.2019)

Demokratiebildung / Politische Bildung

Politische Bildung und Demokratiebildung vermitteln Informationen über das politische und rechtliche System, sensibilisieren für Möglichkeiten der Beteiligung an kommunalen Prozessen und stärken damit die Werte und Grundregeln, auf denen unser demokratisches Miteinander aufbaut. Oft setzen demokratische und politische Bildung an formalen Bildungskontexten wie etwa Schule an. Gemeinsam mit ihren Partnern kann die Kommune auch darüber hinaus Angebote schaffen, die verschiedenste gesellschaftliche Kreise erreichen und miteinander ins Gespräch bringen.

Bildungsziele: Die Kommune fördert die Vermittlung von politischer Bildung und Demokratieerziehung in Schule und außerschulischen Bildungskontexten / Die Kommune ermöglicht Beteiligungsformate für die Bürger/innen

Zielgruppe: Personen aller Altersgruppen / Erzieher/innen und Lehrkräfte

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Kulturamt / Gemeinden / Volkshochschule / Bibliotheken / Museen / Anbieter außerschulischer Bildungsangebote / Jugendbildungseinrichtungen / Fach-

stellen für Politische Bildung, Gewalt- und Extremismusprävention / Hochschulen und Universitäten / Stiftungen / Bundes- und Landesprogramme

Daten und Kennzahlen: Angebote an demokratisch-politischer Bildung in der Schule und erreichte Schüler/innen / Unterrichtsstunden und Lerninhalte in demokratisch-politischer Bildung / Angebote der demokratisch-politischen Bildung im außerschulischen Kontext und Teilnehmer/innen / Befragungsergebnisse über Inhalte, Qualität und Effekte der Angebote

- **Weiterlesen:** Transfer für Bildung e. V.: Transferstelle politische Bildung. www.transfer-politische-bildung.de (Stand 2.4.2019) / Stadt Leipzig (2013): Demokratische Bildung in Leipzig. Bestandsaufnahme und Empfehlungen. www.bit.ly/2K0oSbl (Stand 2.4.2019)

Bildungsberatung

Ziel kommunaler Bildungsberatung ist es, Menschen bei der bewussten Ausgestaltung ihrer Bildungswege zu begleiten. In der Regel geht es dabei um eine zentrale Informations- und Verweisberatung, ergänzend zu den zahlreichen trägerbezogenen Beratungsangeboten vor Ort. Der kommunalen Bildungsberatung kommt aber auch eine koordinierende Rolle und Schnittstellenfunktion zu: Die Vernetzung der verschiedenen Beratungsträger, die Entwicklung gemeinsamer Beratungsstandards und Schärfung individueller Beratungsinhalte sind ebenso Teilgebiete ihres Handlungsfeldes, wie die transparente Darstellung von Bildungsangeboten und -wegen für Bürgerinnen/Bürger.

Bildungsziele: Bürger/innen können sich in einer Informations- und Verweisberatung über alle Bildungsangebote in der Kommune beraten lassen / Die Beratungsangebote vor Ort sind transparent und kommunal abgestimmt

Zielgruppe: Jugendliche / Eltern / Erwachsene / Seniorinnen/Senioren / Beratungsanbieter / Beratungskräfte

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Wirtschaftsamt / Sozialamt / Jugendamt / Gemeinden / Volkshochschulen / Kommunale Bildungsberatung / Sonstige Kommunale

Beratung, z. B. Sozial- und Familienberatung / Öffentliche und private Beratungsanbieter / Fachstellen für Beratungsqualität

Daten und Kennzahlen: Angebote und Inanspruchnahme von Beratung in der Kommune nach Bildungsphasen, Beratungsanbietern und Beratungsanlässen / Personal in der Beratung / Angebote und Inanspruchnahme kommunaler Bildungsberatung / Personal in der kommunalen Bildungsberatung / Darstellung von Transparenzangeboten / Erhebungen/Befragungen zu Qualität und Wirksamkeit der Beratungsangebote

- **Weiterlesen:** TransMit (2018): Handreichung Kommunale Bildungsberatung. www.transferagentur-mitteldeutschland.de/materialien/handreichungen (Stand 2.4.2019) / Programmstelle »Lernen vor Ort« (2011): Werkstattbericht: Bildungsberatung. www.transferinitiative.de/media/content/WB_7_Bildungsberatung.pdf (Stand 2.4.2019)

Zusammenarbeit mit Stiftungen

Stiftungen sind herausragende Akteure der Zivilgesellschaft, deren Beitrag für die Förderung der kommunalen Bildungslandschaft kaum unterschätzt werden darf. Oftmals ist Kommunalverantwortlichen gar nicht bekannt, wie viele Stiftungen es vor Ort gibt und welche Förderungen auch mit Bildungsbezug durch sie erbracht werden. Stiftungen bieten Know-how in unterschiedlichsten Bereichen, können Ideen einbringen und Türen öffnen, Prozesse moderieren, Projekte finanziell fördern oder auch einfach Räumlichkeiten für Veranstaltungen bereitstellen. Stiftungen in die lokale Bildungsarbeit einzubinden, Ziele und Ansprüche zu formulieren und gemeinsame Handlungsfelder herauszuarbeiten, ist daher jeder Kommune zu empfehlen.

Bildungsziele: Zivilgesellschaftliche Akteure in die Bildungsarbeit einbinden / Gründung und Einbindung lokaler Stiftungsverbände in kommunale Bildungsarbeit / Förderung von Bildungsprojekten durch Stiftungen vorantreiben

Zielgruppe: Kinder / Jugendliche / Erwachsene / Gruppen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf / Stiftungen

Akteure: Schulverwaltungsamt / Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Wirtschaftsamt / Regionalentwicklung / Gemeinden / Bildungseinrichtungen / Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen /

Lokale und überregionale Stiftungen / Bundesverband Dt. Stiftungen / Regionale und lokale Stiftungsverbände

Daten und Kennzahlen: Anzahl von regionalen Stiftungen mit Bildung im Stiftungszweck und Aktivitäten im Bereich bildungsbezogener Angebote / Darstellung bildungsbezogener Angebote der Stiftungen und Bildungsteilnahme / Darstellung von Kooperationsstrukturen zwischen Kommune und Stiftungen / Finanzielle/ideelle Beiträge für Bildung in der Kommune durch Stiftungen

- **Weiterlesen:** TransMit (2018): TransMit Magazin Ausgabe 6. Thema Stiftungen und Zivilgesellschaft. www.transferagentur-mitteldeutschland.de/materialien/transmit (Stand 2.4.2019) / Süß, S./Stiftungsverbund Lernen vor Ort (2015): Bildung ist Gemeinschaftsaufgabe. Stiftungen und ihr Beitrag zum kommunalen Bildungsmanagement. www.bit.ly/2OEaLqO (Stand 2.4.2019)

Kulturelle Bildungsangebote stärken

Der Beitrag von Kultur für die allgemeine Persönlichkeitsentwicklung ist allgemein bekannt. In den Kommunen finden sich zahlreiche Angebote, die zum Teilbereich des non-formalen Lernens gezählt werden, wie Theater, Museen oder etwa Tanz. Aber auch Aktivitäten in der Familie, vom gemeinsamen Musizieren bis zum Brettspiel, gehören dazu. Angebote kultureller Bildung sichtbar zu machen, zu stärken und sie insbesondere mit formalen Bildungseinrichtungen zu vernetzen, kann ein Schwerpunkt des kommunalen Bildungsmanagements sein.

Bildungsziele: Förderung kultureller Bildungsangebote in der Kommune / Vernetzung von frühkindlichen, schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten im kulturellen Bereich

Zielgruppe: Personen aller Altersgruppen

Akteure: Schulverwaltungsamt/Amt für Bildung / Bildungsbüro / Jugendamt / Kulturamt / Gemeinden / Bildungseinrichtungen / Kulturelle Einrichtungen / Kulturförderstellen / Kulturvereine und -verbände / Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen

Daten und Kennzahlen: Kulturell/musisch-ästhetische Aktivitäten von Personen nach Bereichen und Altersgruppen / Angebote in formellen Bildungseinrichtungen und Inanspruchnahme / Angebote von non-formalen Kultureinrichtungen und Inanspruchnahme / Finanzierungsstruktur kultureller Bildungsangebote / Personal und Ausbildung im kulturellen Bereich / Kooperationen von Bildungseinrichtungen im Bereich kultureller Bildung

- ▶ **Weiterlesen:** Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Bielefeld 2012. www.bit.ly/2HUw1ry (Stand 2.4.2019) / Programmstelle »Lernen vor Ort« (2013): Werkstattbericht: Kulturelle Bildung. www.transferinitiative.de/media/content/WB_11_Kulturelle_Bildung.pdf (Stand 2.4.2019) / Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung. www.buendnisse-fuer-bildung.de (Stand 2.4.2019) / Landeshauptstadt Dresden: Kulturelle Bildung in Dresden. www.bit.ly/2UwSWPX (Stand 2.4.2019)

Impressum

Bildung in der Kommune
Ausgewählte Handlungsfelder kommunaler Bildungspolitik
Halle/Leipzig 2019

Copyright © 2019 Deutsches Jugendinstitut e.V.
Transferagentur Mitteldeutschland
für Kommunales Bildungsmanagement – TransMit
Witzgallstraße 2, 04317 Leipzig, Telefon: 0341 9939230

info@transferagentur-mitteldeutschland.de | www.transferagentur-mitteldeutschland.de

Redaktion: Oliver Wolff, unter Mitarbeit von Melanie Elgner, Maria Nobis,
Sebastian Steinmetz (TransMit) Inhaltliche Verantwortung: Jenny Richter (TransMit)
Grafisches Konzept und Layout: Kathleen Rothe Illustration: Benjamin Klisch
Gesamtherstellung: Thomas Verlag und Druckerei GmbH, Leipzig
Auflage: 200 Exemplare Stand: Mai 2019

www.transferagentur-mitteldeutschland.de